

Die "Freiheit des Wortes": nach dem Pressegesetz

Trepper, Hartmute

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Trepper, H. (1991). *Die "Freiheit des Wortes": nach dem Pressegesetz*. (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 1). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-436197>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

FORSCHUNGSSTELLE OSTEUROPA

- B r e m e n -

Nr. 1

Sowjetunion

Juli 1991

Die "Freiheit des Wortes": Nach dem Pressegesetz

Rückblick: Die Auseinandersetzung um die Zeitschrift "Novyj Mir" und ihren Chefredakteur A. Tvardovskij

von
Hartmute Trepper

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Universitätsallee GW 1, Postfach 33 04 40, 2800 Bremen 33
Tel. 0421/218-3687. Fax: 0421/218-3269

Inhalt

Wolfgang Eichwede, Vorwort.....	S. 1
Hartmute Trepper, Die "Freiheit des Wortes": Nach dem Pressegesetz.....	S. 3
Hartmute Trepper, Rückblick: Die Auseinandersetzung um die Zeitschrift NOVYJ MIR und ihren Chefredak- teur A. Tvardovskij.....	S. 24
Liste der zitierten Medien.....	S. 47

Die Meinungen, die in diesen "Arbeitspapieren und Materialien" der Forschungsstelle Osteuropa Bremen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

In Druck gegeben am 16.5.1991

Wolfgang Eichwede

Vorwort

Die Reihe "Arbeitspapiere und Materialien", die mit diesem Heft eröffnet wird, soll in lockerer Folge mehrmals pro Jahr erscheinen. Ihre Aufgabe ist, über gegenwärtige Entwicklungen in Kultur und Gesellschaft der Länder Zentral- und Osteuropas zu informieren. Zu den Autoren zählen die Mitarbeiter der Forschungsstelle und Gastwissenschaftler, die in Bremen arbeiten. Außerdem ist an die Herausgabe kleinerer Dokumentationen gedacht.

In den beinahe zehn Jahren ihres Bestehens hat die Forschungsstelle eine umfangreiche Sammlung zeitgenössischer Schriften, darunter Tausender von Samizdat-Ausgaben, zusammengetragen, die einen einmaligen Einblick in das Innenleben der vormals sozialistischen Gesellschaften erlauben. Zur gleichen Zeit wurden Forschungsprojekte erarbeitet, die sich größeren Themenfeldern widmeten. Beide Ansätze bilden heute die Grundlage, um sich in verstärktem Maße dem Studium der laufenden Ereignisse zuzuwenden. Im Vordergrund werden empirisch angelegte Analysen stehen. Konzeptionelle Beiträge freilich sind in keiner Weise ausgeschlossen. Indem die Gesellschaften des östlichen Europa um den Aufbau einer eigenen Interessenstruktur ringen und nach neuen Formen der demokratischen Organisation suchen, konstituieren sie die Politik ihrer Länder grundsätzlich neu. Die kulturelle Sphäre befreit sich von der oftmals erdrückenden Last, Ersatzfunktionen wahrnehmen zu müssen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß sich Paradigmenwechsel von diesen Dimensionen nicht ohne Widersprüche und herbe Konflikte vollziehen können. Geschwindigkeiten laufen auseinander, (Teil-)Zusammenbrüche überstürzen sich, noch ehe neue Strukturen greifen können, alte, über Jahrzehnte erstarrte Muster wirken dennoch fort. Allzu leicht nehmen Akteure wie Beobachter Maß an den bürgerlichen Gesellschaften und müssen doch in Rechnung stellen, daß mit dem Fortfall der Blockzwänge die jeweils besonderen Traditionen der einzelnen Völker an prägender Kraft gewinnen. Nicht selten holt die Geschichte die Gegenwart ein.

In dieser Situation tun Informationen not, die kulturellen Dispositionen und gesellschaftlichen Handlungsräumen in ihrer Spezifik Land für Land nachgehen. Die kleine Reihe will helfen, hier die eine oder andere Lücke zu füllen. Dem sprachkundigen Leser will sie zusätzliche bibliographische Angaben für die eigene Beschäftigung an die Hand geben.

Die "Freiheit des Wortes": Nach dem Pressegesetz

Wozu braucht unsere Presse plötzlich ein eigenes Gesetz? Sie selber war doch von jeher für uns Gesetz. Sie sprach im Namen von Staat, Partei, Volk; und lange Jahre bedeutete eine Bemerkung in der Tagesausgabe der "Pravda" mehr als die Verfassung der UdSSR oder das Programm der KPdSU.

(Poel' Karp, Garantija nadeždy, Knižnoe obozrenie Nr. 15, 13.4.1990)

Mit der Verabschiedung des Gesetzes "Über die Presse und andere Masseninformationsmedien" im Obersten Sowjet der UdSSR am 12. Juni 1990 (Veröffentlichung Izvestija 20.6.1990, in Kraft seit 1.8.1990) gehört *glasnost* zu den gesetzlich verankerten Gütern in der sowjetischen Gesellschaft. Es fehlt nicht an emphatischen Namen für diesen Akt als "Rückkehr in die menschliche Gesellschaft" (V. Korotič, Vozvraščajemsja v čelovečestvo, Ogonek 30, 1990, S. 3) bzw. in die "Zivilisation" und als "Schritt zur Freiheit" (N. Fedorov, Šag k svobode, Lit. gaz. 24, 13.6.1990). Und nicht an ironischen Hinweisen auf Lenins Dekret über die Presse vom 9. November 1917, das die Beschneidung der Pressefreiheit als "temporäre" und "außerordentliche" Maßnahme lediglich bis zur "Stabilisierung der neuen Ordnung" vorsah (zit. in: K svobode slova, AiF 31, 1990).

Das Gesetz regelt das Recht von Einzelnen bzw. Gruppen von Sowjetbürgern, ein Medium zu gründen, in ihm ohne vorherige Zensur zu veröffentlichen und in Konfliktfällen Gerichtsurteile zu erwirken. Kritiker haben die Befürchtung geäußert, es werde durch das faktische Monopol von Partei und Staat auf die Produktionseinrichtungen konterkariert werden (zu Leistungen und Grenzen des Gesetzes vgl. Vera Tolz, Adoption of the Press Law: A New Situation for the Soviet Media? Radio Liberty Report on the USSR 27, July 6, 1990, S. 9-11).

Das Gesetz sieht eine Registrierung jedes einzelnen Mediums durch einen "učreditel" ("Gründer") als juristische Person vor, mit weitreichenden Befugnissen gegenüber den Redaktionen; daneben existiert ein "izdatel" ("Herausgeber"), in der Regel der betreffende Verlag. Die Redaktionen einer ganzen Reihe von Medien, darunter OGONEK, MOSKOVSKIE NOVOSTI, LITERATURNAJA GAZETA, OKTJABR', ZNAMJA und SMENA (Leningrad) beantragten jeweils die Registrierung als "Gründer", um sich von den Organisationen zu lösen, als deren "Organe" sie zumindest nominell fungiert hatten. Eine Reihe von Organisationen

akzeptierte diesen Schritt nicht, so daß in allen genannten Fällen zwei oder gar mehr potentielle "Gründer" um die Registrierung ein und desselben Mediums konkurrierten (G. Alimov, Bitva titanov, Izvestija, 23.8.1990).

Die Interessen beider Seiten liegen auf der Hand, vor allem das Streben der unmittelbaren Zeitungs-/Zeitschriftenmacher nach Unabhängigkeit von Bevormundung und Zensur. Bemerkenswert, daß dies weniger als ein Jahr vor Verabschiedung des Gesetzes noch völlig utopisch erschien (Konflikt um die Zeitschrift OKTJABR', H. Trepper, "Der Sozialismus und das Vaterland sind in Gefahr", Osteuropa 7, 1990, S. 593-605).

Außerdem waren die großen Medien Goldgruben und wurden offensichtlich kontinuierlich von Staat, Partei bzw. den Mentororganisationen bis auf die letzte Kopeke ausgenommen. Immer wieder kommt zur Sprache, daß nicht nur die Mittel für die Aufstockung der mageren Mitarbeitergehälter und Autorenhonorare fehlen. Selbst die reichsten Medien verfügen praktisch über keine eigenen Finanzen für bauliche, technische oder personelle Modernisierung oder Erweiterung; sie haben ihre Abhängigkeit mit hoffnungsloser technischer Überalterung und vielfacher Ausbeutung ihres gesamten Produktionsapparates bezahlt (Registracija "Ogon'ka": den' za dnem, Ogonek 35, 1990, S. 2; Čto otstaivaem, Ogonek 37, 1990, S. 5).

Die Rahmenbedingungen für die Auseinandersetzung bildet das faktische Monopol von Staat (Papierproduktion und Vertrieb) und Partei (Druckkapazitäten) über die materiellen Ressourcen, wobei die gesellschaftlichen Organisationen (von den Gewerkschaften über den Komsomol bis zu den schöpferischen Verbänden) bisher als Unter- oder Weiterverteiler fungierten. Zuerst durchbrochen wurde das Monopol ab ca. 1988 durch das Ausscheren der baltischen Republiken, in denen mancher in Moskau als unerwünscht blockierte Text gedruckt wurde.

Dramatik erhielten die Konflikte dadurch, daß kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes mit dem 1. September die offizielle 2-Monats-Frist für die Abonnements des Jahres 1991 begann. Von den noch ausstehenden Registrierungsentscheidungen hingen Redaktionskonzepte und damit Leserschaften ab. Zugleich setzten die "Monopolisten" eine Preisspirale in Gang, die den potentiellen neuen "Gründern" Finanzierungs-konzepte und Preisfestsetzungen abverlangte, die kontraktlich gar nicht abgesichert waren. - An zwei Beispielen sollen Aspekte und Austragungsformen der Konflikte vorgestellt werden.

Die Konflikte um OGONEK und LITERATURNAJA GAZETA

a) OGONEK

Die Wochenzeitschrift OGONEK fungierte als Flaggschiff der *perestrojka*-Presse und warf extrem hohe Gewinne ab; seit 1986 hatte sie ihre Auflage von 400.000 auf 4,5 Mio mehr als verzehnfacht (V. Vigiljanskij, *Vse rešaet načal'stvo?* Ogonek 34, 1990, S. 3/4). Seit Jahrzehnten wird sie im PRAVDA-Verlag, einer Einrichtung des ZK der KPdSU, herausgegeben, jedoch ohne Zuordnung als irgendjemandes Organ. Sobald die Redaktion am 1. August 1990 im Staatskomitee für das Pressewesen der UdSSR (Goskompečat') die Registrierung beantragt hatte, begannen Versuche des ZK, dies zu verhindern. Das Verfahren wurde verschleppt, die Öffentlichkeit über die mögliche Zukunft der Zeitschrift desinformiert. Zuletzt wurde die Verlagsleitung unter Druck gesetzt, ebenfalls die Registrierung von OGONEK zu beantragen. Das Gesetz enthält keine klare Regelung für den Fall konkurrierender "Gründer".

Die Redaktion war entschlossen, sich nicht in ein neues Zeitungsprojekt abdrängen zu lassen (wie ihr vom ZK vorgeschlagen wurde: V. Kostrov, *O čem sporim*, Ogonek 37, 1990, S. 5), sondern das bestehende OGONEK möglichst unter den bestehenden Bedingungen weiterzuproduzieren. Sie führte den Kampf um die Anerkennung als "Gründer" als Kampf um "die Pressefreiheit" und um "den Rechtsstaat". Mit wöchentlicher "Frontberichterstattung" und Aufrufen an die Leser um Unterstützung, mit Plänen sogar für einen zeitweiligen strategischen Rückzug ins Ausland. Und die Leser erwiesen sich als eingeschworen, als treue "Kampfgefährten", wie die regelmäßig abgedruckten Briefe und Telegramme zeigen.

Hier einige Textfragmente, die den Charakter der Kampagne verdeutlichen.

Man macht uns das Leben sehr schwer. Gegen alle Gesetze und Bestimmungen fordert man von uns, für einen Geldsack zu arbeiten, den wir nicht länger füllen wollen. /.../ Liebe Freunde ("tovarišči"), wir brauchen Eure Unterstützung sehr. Es ist eine schwere Zeit /.../ Und dennoch: Skrupellosigkeit muß geahndet werden, Erpressung (racketeering) un-
terbunden.

Gott ist unser Zeuge, daß man uns zu Schritten herausfordert, die wir nicht vorhatten. /.../

Wir rechnen sehr auf Sie.

(V. Korotić, Kolonka redaktora, Ogonek 36, 1990, S. 3)

Fürchten Sie Gott, Sie Herren (Partei-)Genossen vom Alten Platz (=Sitz des ZK)! Glauben alle diese Aparatschiki wirklich, daß man mit solchen Gaunermethoden dem Volk beikommt, dessen Namen sie sich 73 Jahre lang angemäßt haben? Wenn eine Zeitschrift, dann eine unabhängige! Denen geben wir kein Geld mehr.

(der Leser Semen Sorokin aus Moskau, Ogonek 38, 1990, S. 6)

Liebe Freunde! Mit Ihrer Hilfe hat OGONEK gesiegt. /.../ Wir haben uns verpflichtet, uns von nun an keinen politischen Zensoren, sondern nur noch den Gesetzen und Ihnen, unseren lieben Lesern unterzuordnen.

(V. Korotič, Čítatel', ty pobedil! "Ogonek" - svoboden! Ogonek 39, 1990, S. 1)

Wie es zu diesem "Sieg" kam, wird im einzelnen nicht berichtet. Allerdings haben der PRAVDA-Verlag und das ZK ihre konkurrierenden Anträge hier wie auch im Fall ZNAMJA zurückgezogen; möglicherweise hat die Ankündigung der OGONEK-Redaktion, notfalls vor Gericht zu ziehen, die gütliche Regelung beschleunigt (s.a. G. Baklanov/I. Rišina, Strasti po učreditel'stvu, Lit. gaz. 42, 17.10.1990).

b) LITERATURNAJA GAZETA

In diesem Konflikt gibt es eine weitere Widerspruchsebene, die auch die Zeitschriften ZNAMJA und INOSTRANNAJA LITERATURA betrifft. Nachdem Goskompečat' aufgrund konkurrierender Anträge der Redaktionen und des Schriftstellerverbands (SV) der UdSSR die Registrierung abgelehnt hatte, wandten sich die Redaktionen mit Erfolg an das Ministerium für Presse- und Informationswesen der RSFSR. Das Impressum der Nr. 38 vom 18.9.1990 nennt als Gründer (učreditel') die Belegschaft der LITERATURNAJA GAZETA. Der Allunions-SV beschwert sich bei den Präsidenten der UdSSR und der RSFSR über die Untätigkeit von Goskompečat' bzw. die "gesetzeswidrigen Aktivitäten" des RSFSR-Ministeriums (V sekretariate pravlenija SP SSSR, Lit. Ross. 39. 28.9.1990).

Es sieht so aus, als haben die Redaktionen sich geistesgegenwärtig den quasi rechtsfreien Raum in der Folge der Souveränitätserklärung der Russischen Föderation vom Sommer 1990 zunutze gemacht. Neuzuschaffende republikanische Institutionen bestreiten der Zentralregierung einen Teil ihrer traditionellen Kompetenzen, was eine Fülle neu zu definierender Beziehungen zwischen ihnen mit sich bringt. De jure existiert das genannte Ministerium der RSFSR gerade seit dem 1. September 1990. Die Registrierungsurkunde Nr. 1 aber, ausgegeben an die Zeitschrift OKTJABR', trägt das Datum 14. August (Oktjabr' 8, 1990, S. 206: Zajavlenie o registracii žurnala "Oktjabr'").

Ziel der LITERATURNAJA GAZETA-Redaktion und eines Teils ihrer Autoren war, sich aus der Verstrickung in den SV zu lösen. Ihr wichtigstes Argument: Die schändlichsten Texte in der Geschichte dieser Zeitung, mit denen die eigenen Kollegen denunziert und existenziell bedroht wurden, erwiesen den Verband als willfähiges Instrument der Partei bzw. der Machtelite. Das Hauptargument des SV gegen die Lösung: Hier werde von knapp 30 "zufälligen" Personen, der Hälfte davon nicht einmal Literaten, das in Jahrzehnten aufgebaute Werk und erarbeitete Eigentum von zehntausend Schriftstellern "geraubt", "weggeschafft" (V. Karpov, *Obraščenie ko vsem pisatel'skim organizacijam i členam Sojuza pisatelej SSSR*, Lit. gaz. 33, 15.8.1990; ders., *Zakon - ne dyšlo*, Pravda, 22.10.1990; Einschätzung der Vorgänge bei O. Moroz, *Kak stat' "svobodnoj tribunoj"*, Lit. gaz. 43, 24.10.1990).

Für den SV in seiner jetzigen Konstruktion geht es um die Existenz. Erstens bildeten riesige Summen aus Verlagsquellen die finanzielle Basis für seine Tätigkeiten, für das Betreiben von Hochschuleinrichtungen, für Stipendien und Weiterbildungsmaßnahmen bis hin zu medizinischer und Altersversorgung von Schriftstellern. Aus der LITERATURNAJA GAZETA holte sich der SV in den Jahren 1988 und 1989 50 Mio. Rubel zusätzlich zu den satzungsmäßig festgelegten 35% des Gewinns (Kolonka glavnogo redaktora: *Buduščee pisatel'skoj gazety*, Lit. gaz. 32, 8.8.1990). Lächerlich nehmen sich im Vergleich dazu die Summen aus, mit denen der SV 1991 einige mit Verlust arbeitende Zeitschriften unterstützen will (zwischen 120.000 und 250.000 Rubel jeweils). Zum Jahresende war der Einbruch der Abonnentenzahlen absehbar. Mit anderen Worten: der SV kämpft ganz elementar um seine Haushaltsbasis.

Zweitens werfen die Pläne der Zeitungsredaktion indirekt die Frage nach der Existenzberechtigung des SV auf, der für die Schriftsteller Verteilungseinrichtung für Sozialleistungen und Schleuse zur Publikation ihrer Werke war. Die LITERATURNAJA GAZETA plant, ihnen die Gewinne, mit denen sie auch in Zukunft rechnet, unmittelbar und über eigene Projekte zugute kommen zu lassen (LG: *obščestvenno-redakcionnyj sovet*, Lit. gaz. 34, 22.8.1990). Damit bräche sie das korporative Monopol des SV auf die Subsidierung der Berufskollegen. Hier geht es nicht mehr um die ideologische Auseinandersetzung zwischen Intellektuellen und Apparat; das sind, mit den Worten der Redaktion, "Widersprüche zwischen alten und neuen Formen des Wirtschaftens und ihnen entsprechenden sozialen Beziehungen" (*Svobodnaja tribuna pisatelej*, Lit. gaz. 38, 19.9.1990).

Neu ist die Vereinbarung, 35 % des Reingewinns vorerst an den Litfond zu überweisen (*Soglašenje s Litfondom*, Lit. gaz. 44, 31.10.1990), mit dem Ziel, ihn als Unterstützungskasse der Schriftsteller zu verselbständigen. Noch aber sind gerade nach der Berichterstattung der LITERATURNAJA GAZETA Litfond- und SV-Bürokratie eng miteinander

verfilzt, ist der Litfond praktisch unkontrollierbar (s.a. Offener Brief L. Kopelev an den SV, Lit. gaz. 42, 17.10.1990).

Bilanzieren läßt sich dieser Konflikt in zwei Richtungen. Einmal kann man beobachten, wie das Recht von Einzelnen oder Gruppen auf Veröffentlichung der eigenen Meinung die Herausbildung von Eigentum (N. Fedorov, a.a.O.) und Elementen von Markt im Medienwesen nach sich zieht. Daraus entsteht Sprengkraft innerhalb der korporativen Strukturen der Berufsverbände. Derselbe Prozeß aber gefährdet, indem er protektionistische Einrichtungen schwächt, bestimmte hochspezialisierte Publikationen, die sich noch nie selber trugen (V. Borisov, Mečtat' uže nekogda, Lit. gaz. 34, 22.8.1990, nennt u.a. die Fachzeitschrift für Kinderliteratur). Wenn also häufig - etwa von I. Vinogradov - formuliert wird, "eine freie Kultur könne nur eine ökonomisch freie Kultur sein", so ist damit nicht der ganze Vorgang erfaßt.

Die Leitung des Allunions-SV blieb nicht untätig (Postanovlenie sekretariata pravlenija SP SSSR, Lit. gaz. 39, 26.9.1990). Umgehend machte sie sich an die Organisation einer neuen Zeitung, DEN', ab 1.1.1991, und benannte als zukünftigen Chefredakteur den bekannten russisch-nationalen Patrioten A. Prochanov. Erstes erklärtes Ziel der Neugründung: die Finanzen des SV aufbessern ("Den" - novaja gazeta Sojuza pisatelej SSSR, Lit. Ross. 42, 19.10.1990); zweites, nicht erklärtes: die bisher der LITERATURNAJA GAZETA zur Verfügung stehenden Papier- und Druckkapazitäten anderweitig binden und die Zeitung praktisch "aushungern".

Von allen Betroffenen wurde wiederholt resigniert darauf hingewiesen, daß der SV mit fast allen seinen Schritten bestehende Gesetze, Regelungen, Vereinbarungen verletzte, ohne daß es rechtsstaatliche Möglichkeiten gab, ihn daran zu hindern. - Ihrerseits resignierte die Leitung des SV offenbar in dem gegen Goskompečat' und ZNAMJA angestregten Gerichtsprozeß, dem ersten nach dem neuen Gesetz (K sudu, kotorogo ne bylo, Lit. Ross. 43, 26.10.1990). Ihr Antrag auf Annullierung der Registrierung der Zeitschrift durch das Ministerium der RSFSR wurde noch im Dezember 1990 abgewiesen (I. Rišina, Strasti po učreditel'stvu, ili V č'ich rukach "Znamja", Lit. gaz. 51, 19.12.1990).

Preiserhöhungen und Papiermangel - erste Erfahrungen mit dem Markt?

a) P r e i s e r h ö h u n g e n

Von Anfang an waren die für den 1.1.1991 angekündigten Preiserhöhungen geeignet, die Medienlandschaft innerhalb kurzer Zeit unvorhersehbar zu verändern. Druckindustrie und Papierfabriken hatten ursprünglich zwischen 80 und 84 % mehr verlangt, die Post (Ministerstvo svjazi) erhöhte ihre Tarife um 136 % (A. Visjagin, Ministerstvo naci-

naet ... Kto vyigryvaet? Lit. gaz. 34, 22.8.1990). Die Erhöhungen wurden nicht verhandelt, sondern einfach bekanntgemacht. An einigen Beispielen demonstriert sieht die Preisanpassung der Medien folgendermaßen aus:

Mindestens verdoppelt haben sich die Preise für IZVESTIJA (von 4 auf 8 Kopeken), SOVETSKAJA KUL'TURA (15 > 35), LITERATURNAJA GAZETA (20 > 40), OGONEK (40 > 1 Rubel); verdreifacht z.B. für KNIZNOE OBOZRENIE (10 > 30).

Für die Vorauszahlung spielt jedoch auch die absolute Höhe eine Rolle; das Jahresabonnement für die Tageszeitung IZVESTIJA kostet 22 r 56 k, für die Wochenzeitung LITERATURNAJA GAZETA 19 r 80 k; für die Monatszeitschrift OKTJABR' 22 r 80 k. Die Spitze hält m.W. die Wochenillustrierte OGONEK mit 46 r 80 k. Der Gesamtbetrag für 2-3 Abonnements erreicht schnell die Höhe z.B. der monatlichen Rente. Deshalb bieten alle Medien Teilabonnements an.

Widerstand gegen das Preisdiktat war nicht zu erwarten, angesichts der Struktur der Branche. Die Druckereien befinden sich überwiegend - in der Russischen Föderation fast ausschließlich - in der Hand der KPdSU, sind im Laufe der Jahrzehnte in deren Eigentum überführt worden (B. Konovalov, Vernut' slovu svobodu, AiF 22, 1990). Die Post, die immerhin ein unionsweites Monopol hält, entlastet die Verlage vom gesamten Vertrieb, vom Abonnementsverkauf bis hin zur Zustellung, und ist nach eigenen Aussagen in den letzten Jahren fast darunter zusammengebrochen.

Gerade dies ist Gegenstand regelmäßiger empörter Leserzuschriften in sämtlichen Zeitungen. Manche kleinere oder weiter entfernt gelegene Ortschaften scheinen wochenlang nicht beliefert zu werden; manche Postämter verweigern schlicht die Annahme bestimmter Abonnements oder führen sie nicht aus. Regelmäßig wird in den verschiedenen Medien unterschiedlich darüber spekuliert, in wessen Interesse wer hier die Informationsfreiheit der Bürger beschneidet (z.B. Otdel pisem i narodnoj žizni, Sboi ili provokacija? Lit. Ross. 36, 7.9.1990; Chronika sabotaža, Lit. Ross. 40, 5.10.1990). Als Krönung bürokratischer Sturheit oder Unfähigkeit wurden die republikweise getrennten Abonnementslisten wahrgenommen, nach denen aus Gründen der "Achtung der Souveränität der einzelnen Republiken" in Moskau plötzlich (beispielsweise) keine estnischen Zeitschriften mehr abonniert werden konnten (A. Visjagin, a.a.O.; A. Zacharov, Počemu molčit Ministr svjazi? Stolica 3, Sept. 1990, S. 54/55).

Als die Post auch noch laut über Reorganisationsformen nach dem Rentabilitätsprinzip, bis hin zur Vergenossenschaftlichung einzelner Postämter nachdachte (2 Interviews mit dem stellvertretenden Minister E. Manjakin: Karusel' vokrug podpiski, Lit. gaz. 34, 22.8.1990; Tri vo-prosa po telefonu, AiF 33, 1990), beförderte dies die Subsumierung

sämtlicher widriger Erscheinungen des Herbstes 1990 unter den Begriff Markt. Der treibt bekanntlich die Preise hoch (Kolonka glavnogo redaktora, Lit. gaz. 32, 8.8.1990: "Helfen Sie Ihrer Zeitung, unter den rauen Bedingungen von Markt und Konkurrenz zu überleben"). Nur die Zeitung ARGUMENTY I FAKTY begreift die Preiserhöhung als Ausdruck der weiterbestehenden Monopolbedingungen in der Branche, die der alte Apparat hier gezielt ausnutzt (*glasnost' dorozhaet*, AiF 35, 1990). Aus der demokratischen Öffentlichkeit gibt es Vorschläge zur "Demonopolisierung", wie etwa Überführung der Druckereien in Aktiengesellschaften mit breiter Streuung (B. Konovalov, a.a.O.) oder Gründung eigener Vertriebsorganisationen der Medien mit der Unterabteilung des Postministeriums "Sojuzpečat" (A. Visjagin, a.a.O.).

"Markt" wird also noch sehr undeutlich vorgestellt und mit vielerlei Emotionen und Illusionen befrachtet, etwa mit der Erwartung einer größeren "Gerechtigkeit". So beklagen sich die IZVESTIJA darüber, daß die PRAVDA mithilfe von Dotationen aus der Parteikasse, also auch durch Parteibeiträge von IZVESTIJA-Lesern, die Preiserhöhungen niedrig halten kann: "Die Regeln ehrlicher Konkurrenz, die bei uns leider noch nicht gelten, sehen andere Formen des Kampfes um den Leser vor" (M. Berger, *Esli ne chvataet deneg na ljubov' k "Izvestijam"*, Izvestija 31.8.1990).

b) A b o n n e m e n t s 1991: E r g e b n i s s e

Die Befürchtungen der IZVESTIJA sind unbegründet: Zwar haben die Preiserhöhungen erhebliche Einbrüche bei den Zeitungen (auf ca. 64 % der Abonnementsauflage von 1990) und noch größere bei den Zeitschriften (auf ca. 45 % vom Vorjahr) bewirkt; im einzelnen jedoch in sehr unterschiedlichem Umfang. Folgende Interpretationen werden angeboten:

- Zeitungen mit Dienstleistungsangeboten wie Wetterbericht, TV- und Rundfunkprogramm, Lotterielisten (Losnummern) haben geringere Einbußen zu verzeichnen (das sog. "Familiensortiment").
- Ähnlich zu interpretieren sind die größeren Einbrüche bei zentralen Zeitungen; regionale haben leserspezifische Informationen.
- Unverhältnismäßig groß sind die Verluste bei der Parteipresse (PRAVDA auf 30,29 %, PARTIJNAJA ZIZN' - "Parteileben" - auf 30,48 %, KOMMUNIST auf 26,86 %, IZVESTIJA CK KPSS - "Nachrichten des Zentralkomitees der KPdSU" - auf 22,86 %).

Die IZVESTIJA haben 38,38 % ihrer Auflage halten können (alle Zahlen: *Zato počtal'onam legče...*, *Koms. pravda* 14.11.1990; *Podpiska*, AiF 48, 1990; *Vl. Arsen'ev, Pervye itogi podpiski*, *Izvestija* 24.11.1990).

Bei den Zeitschriften liegen im oberen Feld offenbar die billigeren Massenblätter, nämlich KREST'JANKA (58,8 %), RABOTNICA (47,3 %), ZDOROV'E (45,35 %). Die bekannteren Literaturzeitschriften und die teure OGONEK hielten rundgerechnet jeweils ein Drittel ihrer alten Abonnements. Ins Auge stechen die über 50 % liegenden Ergebnisse der "demokratischen" Leningrader SMENA wie auch der aggressiven, manchmal neo-bolschewistisch genannten MOLODAJA GWARDIJA. Letztere soll in Teilen der Armee zwangsweise von ganzen Kollektiven abonniert worden sein (s.a. den Hinweis auf das Armeeabonnement über 100.000 Ex. des russisch-patriotischen NAŠ SOVREMENNIK für sog. Lenin-Lesesäle; F. Hitzer, "In dieser, für die Völker des Landes so bedrohlichen Stunde", Publizistik und Kunst/IG Medien Nr. 5, Mai 1991, S. 41-44). SMENA könnte, nach erbittertem, von der Stadtöffentlichkeit engagiert begleitetem Kampf mit Goskompečat' um selbständige Registrierung, Ausdruck des Emanzipationswillens Leningrads vom Moskauer Zentrum sein.

c) P a p i e r m a n g e l

Papiermangel ist seit Jahren in der Sowjetunion die anscheinend unverzichtbare Begleiterscheinung von Produktionsmonopol und Verteilungskämpfen und eins der meiststrapazierten Argumente. Dabei erwies er sich immer als nur relativ, wie 1988 und 1989 die Abonnements in unbegrenzter Höhe und noch 1990 die Vielzahl von Zeitungs- und Zeitschriftenneugründungen beweisen. Real wurde er plötzlich im Frühjahr 1990, als die ersten Monatsausgaben von NOVYJ MIR unvollständig und nach dem Aprilheft überhaupt nicht mehr produziert wurden und verschiedene andere Zeitschriften ebenfalls in Verzug gerieten.

Am Jahresende 1990 waren bei den gängigsten Monatszeitschriften von regulären 12 Heften jeweils ausgeliefert: MOSKVA, ZNAMJA, TEATR: 11; LITERATURNOE OBOZRENIE, NAŠ SOVREMENNIK, OKTJABR', JUNOST': 10; DRUŽBA NARODOV: 7; NOVYJ MIR: 5; VOPROSY LITERATURY: 4.

Der in der ersten Jahreshälfte 1990 noch geäußerte Verdacht, es könnte sich um gezielte Maßnahmen handeln, um auf kaltem Wege die eine oder andere Publikation zu beseitigen (S. Zalygin, "Doživem do zabastovki? ...", Lit. gaz. 17, 25.4.1990; "Novyj mir" am Ende, FAZ, 28.5.1990; Kak zakryli "Novyj mir", Lit. gaz. 20, 16.5.1990), ist offenbar nicht haltbar. Selbst die TV- und Radio-Programmzeitschrift GOVORIT I POKAZYVAET MOSKVA kam in der 27. Woche mit 16 statt mit 20 Seiten heraus (kommentiert S. 16). Die Befürchtung, die potentiellen Leser würden 1991 wegen der gestiegenen Preise das Risiko eines nicht eingelösten Abonnements nicht eingehen, hat sich nicht bestätigt: Die fast

pünktliche ZNAMJA hält 37,6 % ihrer Abonnenten, NOVYJ MIR immerhin rund 33 %, bei einer Auflage, die um eine halbe Mio. Exemplare höher liegt. Tradition, Stammleserschaften spielen hier anscheinend eine nicht geringe Rolle.

Alle Äußerungen zum Papiermangel spiegeln das grundlegende Dilemma wider: Die weitgehend verschlissenen Fabrikanlagen können ihre Produktion nicht mehr steigern, es sei denn durch Modernisierungsmaßnahmen mit ausländischer Ausrüstung; die erforderlichen Devisen könnten sie über den Verkauf eines Teils der Produktion erlangen; das aber verringert für den Augenblick die Menge des im eigenen Land zur Verfügung stehenden Papiers, verschärft den Mangel. 1990 führte dies zu einer Verknappung des vom Staat bewirtschafteten Papierkontingents und zu hochschnellenden Preisen auf die frei verfügbare Menge. Die Prognosen für 1991 hießen: Verdoppelung bis Verdreifachung der Preise frei verkäuflichen Papiers gegenüber einer Erhöhung der staatlichen Preise um "unbedeutende" 80 % bei gleichzeitiger Kontigentierung von Papier (A. Medved'ev, *glasnost' i goszakaz*, Mosk. nov. 31, 5.8.1990). Alles darüber hinaus müßten sich die Medien selber "von irgendwoher" besorgen, zu Spitzenpreisen bis zum Zehnfachen - und höher - der Staatshandelspreise (M. Šišigin, *Favority i izgoi knižnoj birži*, *Izvestija*, 7.9.1990): Papier ist einträgliches Spekulationsobjekt (G. P'janych, *Zakon dlja nezakonnoj pressy*, Mosk. nov. 33, 19.8.1990).

1991 ist die Lage völlig anders, aber nicht weniger unübersichtlich; es fehlt an Übergangskonzepten zu Marktbeziehungen in dieser Sphäre und an Koordination bzw. Kooperation der beteiligten Bürokratien.

Erstens: Der erhebliche Rückgang der Abonnements senkt die Auflagen der etablierten Presse so, daß von objektivem Papiermangel derzeit nicht geredet werden kann. Dennoch unterstützte die Regierung mit dem Mangelargument den überraschenden Beschluß der Post, im neuen Jahr die Sonn- und Feiertagszustellung von Druckerzeugnissen zu streichen. Einige Tageszeitungen, die aus Spargründen einen 6-Tage-Rhythmus eingeführt hatten, erscheinen jetzt nur noch 5 x wöchentlich; die Leser erhalten für den verabredeten Preis nachträglich weniger Leistung.

Zweitens: Noch während der Abo-Fristen (1.9.-15.11.) gibt die Regierung die Papierpreise frei. Vom Durchschnitt um 260 Rubel je Tonne Zeitungspapier 1990 schnellen die Preise auf weit über 1000 Rubel; vom "Pravda"-Verlag des ZK der KPdSU werden Abschlüsse in Höhe von 1724 R. je t berichtet (S. Bobrovskij, *Vstretim Novyj god bez gazet*, *Koms. pravda* 21.12.1990.)¹

¹ Nachtrag aus aktuellem Anlaß: Estnische Zeitungsmacher berichten, "die großen Papierfabriken in Karelien wollen Naturalien: Fleisch, Schokolade, Konserven oder ein paar Eisenwaggons voll Ziegelsteine.- Eine Tonne Fleisch für drei Tonnen Zeitungspapier ist der aktuelle Kurs". (R. Wolff, *Fleisch für die Pressefreiheit*, *taz* 13.5.1991)

Eine Reihe selbst populärer Medien sind bei solchen Preisen von vornherein zu Verlustgeschäften verdammt, da nach den Berechnungen von Gosplan die Rentabilität bei einem Papierpreis von maximal 800 R. je t aufhört (Ešće odno pis'mo pjati, I. Frolov + 4 Chefredakteure, Koms. pravda 29.12.1990). Die KOMSOMOL'SKAJA PRAVDA, drittgrößte zentrale Zeitung mit 16,3 Mio. Abonnenten (fast 77 % ihrer vorherigen Auflage), sieht ihre Existenz nur noch bis zur Jahresmitte gesichert, (Redkollegija "KP", Naša pozicija, Koms. pravda 21.12.1990). Auf die inzwischen zulässigen Honorar- und Gehaltsanhebungen werden die Mitarbeiter vorerst verzichten müssen. Und so spielen auch wirtschaftliche Gründe eine Rolle bei der Abwanderung jüngerer begabter Journalisten aus einigen großen etablierten Zeitungen hin zu neueren, häufig mit ausländischem Kapital unterstützten und moderner organisierten Mediengründungen wie beispielsweise MOSKOVSKIE NOVOSTI (russ. Ausg.), NEZAVISIMAJA GAZETA, DEMOKRATIČESKAJA ROSSIJA.

Drittens: Da Papier zugleich möglicher Exportartikel ist, muß auch mit dem Außenwirtschaftsministerium gerechnet werden, das kürzlich eines der ersten spektakulären Joint-ventures zur Strecke brachte, das russische BURDA-MODEN-Projekt mit Anhang "Verena". BURDA-MODEN hatte sowjetisches Papier im Ausland verkauft und dafür Ausrüstung für "ihr" Papierkombinat "eingetauscht", ein für beide Seiten günstigeres Geschäft als über staatliche Import-Export-Transaktionen. Das Außenwirtschaftsministerium, offenbar bestrebt, verlorengegangenes Aktionsterrain wiederzugewinnen, reagierte mit dem Verbot des Exports von Papier, einer Maßnahme, die Ende 1990 noch eine gewisse äußerliche Plausibilität hatte. Nicht aber 1991, wo sämtliche Papierfabriken am liebsten ausschließlich exportieren würden, um die Folgen jahrzehntelanger Vernachlässigung durch den Staat allmählich zu beheben (V. Melentev, Interview, Komu mešæet "Burda moden"? AiF 16, 1990; J. Dorner, Burda stoppt Joint-venture, Weser-Kurier Bremen, 28.11.1990).

Für ein erstes Fazit ergibt sich folgendes: Die Vermittlungsmechanismen zwischen sämtlichen am Pressewesen Beteiligten sind komplizierter geworden, die Presse deswegen aber nicht automatisch unabhängiger. Früher waren es die strukturell verankerten Machtfunktionen, die die Partei und die mit ihr affilierten Organisationen wie Komsomol, Gewerkschaften, Künstlerverbände das Medienwesen gestalten ließen. Heute sind es die mit Hilfe dieser Macht angeeigneten Gelder, um die sich die Medien aufgrund der fortbestehenden unrentablen Produktionsbedingungen bemühen müssen. Und es erstaunt nicht, daß die Rufe nach staatlichem "Protektionismus" nicht verstummen: Protektion nicht mehr vor den "räuberischen Kooperatoren und Geschäftemachern der Schattenwirtschaft" - auf die konservative Medien sich 1990 eingeschossen hatten (Naš sovremennik 3, 1990, Umschlagtext hinten innen) -, sondern vor den existenzbedrohenden Disproportionen eines "Marktes", der noch keiner ist (Ešće odno pis'mo pjati, a.a.O.).

d) die neue Presse

Einer der Hauptanstöße für das Pressegesetz lag zweifellos in dem heftigen Wildwuchs einer bunten sog. "informellen" Presseszene; deren Vertreter machen heute stärker auf den Kontroll- und Regelaspekt (Zwang zur Registrierung) des Gesetzes als auf die Unabhängigkeitsgarantie aufmerksam. Eine Beschreibung der veränderten "Presselandschaft" steht noch aus, mit hoher Instabilität wird einige Jahre zu rechnen sein.

Das Presseministerium der RSFSR veröffentlichte nach 4 Monaten Registrierungsfrist folgende erste Erfahrungen, nachdem 400 Periodika bereits registriert, allerdings auch über 200 Anträge noch nicht bearbeitet waren: a) Einteilung nach Gattungen: ca. 60 % Zeitschriften, ca. 30 % Zeitungen, der Rest Informationsbulletins u.ä. kleinere Formen; b) Verteilung auf Themenbereiche: ein Drittel mit allgemein-politischer Ausrichtung, ein Viertel zu ökonomischen Problemen (Betriebsgründungen, Reklame usw.); eine größere Anzahl Fachperiodika verschiedenster Richtungen; etwa 30 neue Publikationen im Bereich Kultur, einige in Fortsetzung vorrevolutionärer Traditionen (NIVA, OTEČESTVENNYE ZAPISKI); neue Kinder- und Jugendzeitschriften (z.B. TTTRRACH!, ROK, TINEJDŽER, - "Teenager" - alle Moskau). c) Zu den Gründern zählen an erster Stelle einzelne Individuen, entweder mit journalistischen oder mit Facherfahrungen; an zweiter Stelle verschiedenste Unternehmen und kommerzielle Vereinigungen; an dritter Stelle sog. gesellschaftliche Organisationen, polit. Gruppierungen, Redaktionskollektive, Kirchenkreise. (I. Samofal, "Niva", "Veče" i drugie, Lit. Ross. 30.11.1990 - leider gibt es für vergangene Jahre keine Vergleichsangaben für die RSFSR allein).

Die Zeitung KOMMERSANT kommt zu folgender Ersteinschätzung:

- Die geschrumpften Auflagen der etablierten Presse befördern die Gründung neuer Medienprojekte.
- Deren Realisierung hängt ausschließlich von der für Investitionen mobilisierbaren Geldmenge ab. Die Hälfte aller Neuregistrierungen der Herbstes 1990 dürfte finanziell nicht ausreichend gesichert sein. Geldgeber sind u.a. Kooperativen verschiedenster Ausrichtung, die in kurzer Zeit große Geldsummen erarbeiten, aber nicht in demselben Umfang anlegen konnten und die ihrerseits Interesse haben, eine bestimmte marktfreundliche Politik zu fördern.
- In Kooperation mit ausländischen Investoren gelang es einigen, mit moderner Ausrüstung, effektiver Organisation und realistischer Kalkulation junge und ehrgeizige professionelle Journalisten anzuwerben und mit zudem attraktiver Gestaltung (Papier, Lay out, Format) eine bestimmte anspruchsvollere Leserschaft anzusprechen. Doch die Leser sind nicht stabil zuzuordnen, unkalkulierbares Leserverhalten bildet einen Hauptrisikofaktor. (M. Rogoźnikov, Izdatel'skij biznes: nojabr', Kommersant 46, 1990).

Gravierender ist das Fehlen eines effektiven Vertriebsnetzes, eines Großhandels, erstens unabhängig vom Staat und damit von indirekter Zensur (s.u.) und zweitens regional dicht genug für Zeitungen mit territorial begrenzter Ausrichtung. In den größeren Städten können zwar Zeitungsverkäufer angeheuert werden, nicht endgültig geregelt ist jedoch ihr "Gewerberecht"; zudem erhöhen sie in der Regel die Preise, nicht selten bis zum doppelten Betrag, oder verkaufen nach altbekannter Manier populäre Ausgaben im "Huckepack" mit weniger gängigen, um letztere gleich mit loszuwerden (G. Apresjan, Ich okrestili "gazetnoj mafiej", Lit.gaz. 5, 6.2.1991). – Nur am Rande zu erwähnen sind Zeitungen wie SVOBODNOE SLOVO, die als Parteiorgan des Demokratischen Bundes (DS) auf dem Weg der Mitgliedsverpflichtung vertrieben wird und auch die Registrierung ablehnt, um nicht das System, gegen das sie kämpfe, durch diesen Akt indirekt zu legalisieren.

Von den Emigrantenzeitschriften, die verstärkt den sowjetischen Leser im Blick haben, ist bekannt, daß GRANI, KONTINENT und STRANA I MIR 1991 im Land vertrieben werden, in letztem Fall in einer geplanten Auflage von 100.000, die überwiegend auch dort gedruckt werden soll (K. Ljubarskij/I. Tosunjan, Svidanie s tamizdatom, Lit. gaz. 35, 29.8.1990; V. Batšev, Interview, "Posev" na "Archipelage demokratii", Lit. gaz. 32, 8.8.1990).

Einige Bemerkungen zur Zensur

In § 1, Abs. 3 des neuen Gesetzes heißt es: "Eine Zensur der Masseninformatiōn ist nicht zulässig."

§ 5, Abs. 1: "Ebenfalls nicht zulässig sind die Veröffentlichung von Staats- oder anderen vom Gesetz geschützten Geheimnissen, der Aufruf zum gewaltsamen Umsturz bzw. zur gewaltsamen Ablösung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, die Propagierung von Krieg, Gewalt und Grausamkeit, von rassischer, nationaler oder religiöser Ausschließlichkeit oder Unduldsamkeit, die Verbreitung von Pornografie, die Benutzung der Medien für die Durchführung von Straftaten."

Kommentiert werden derzeit, meist ironisch oder satirisch, die Staatsgeheimnisse; hieß doch die gefürchtete Zensurbehörde "Glavlit" auch schon vorher mit vollem Namen "Hauptverwaltung für den Schutz von Staatsgeheimnissen in der Presse" und hatte bei den Tages- und Wochenzeitungen ihre Mitarbeiter direkt bei den Redaktionen sitzen. In vielen Fällen sind sie weder abgezogen noch arbeitslos geworden, sondern lesen, wie eine Mitarbeiterin der LITERATURNAJA GAZETA bemerkt, für dasselbe Gehalt "unsere Materialien aufmerksam nicht vor, sondern nach der Drucklegung" (L. Stupišina, Kuda uchodit naš censor? Lit. gaz. 28, 11.7.1990). Inzwischen unter der namensgerechten Abkürzung GUOT bekannt, bietet die Behörde Beratung auf Honorarbasis an (E. Efremov, Treška cenzoru, Sov. kul't. 4, 27.1.1990; V. Yazman, Can *glasnost*' Be Reversed? Radio Liberty, Report on the USSR 5, 1.2.1991, S. 26-29).

Mit der Zensur ist der berühmte Stempel "Gebilligt", die Erlaubnis für den Seriendruck, von der Endfassung jeder Ausgabe verschwunden. MOSKOVSKIE NOVOSTI 31 vom 5.8.1990 faksimilieren den letzten erhaltenen Stempel, warnen aber vor unbegründeter Sorglosigkeit ("Der Geschäftsführer wurde entlassen, der Eigentümer ist geblieben"); nach wie vor existiere die reale Machtverhältnisse berücksichtigende Schere im Kopf der Schreibenden.

Die Entlassung der KPdSU aus ihrer führenden Rolle (§ 6 der Verfassung) und das Pressegesetz machen Zensur – bisher tabuisiert – selber zum Thema, wobei von besonderem Interesse die Fälle der letzten angeblich schon zensurfreien Jahre sind. Jetzt zeigt sich, daß die Kampagne gegen eine Reihe von Chefredakteuren in der zweiten Jahreshälfte 1989 eine viel breiter koordinierte, als bisher angenommen, Aktion nicht nur des SV, sondern auch von Glavlit und Goskompečat' war (Brief des Glavlit-Abteilungsleiters I.V. Minušov an seinen Behördenleiter V. A. Boldyrev vom 3.4.1989, Knižn. obozr. 34, 24.8.1990; Julia Wishnevsky, A Rare Insight into Soviet Censorship, RL Report on the USSR 36, 7.9.1990). Diese Einrichtungen existieren alle weiter. In ihnen wie auch in breiten Parteikreisen und unter leitenden Kadern aller Ebenen gibt es ein "instinktives Mißtrauen gegenüber dem freien Wort", das der Gesellschaft "zu Kopf steigen", sie "beschwippen" oder auch ihren Geist "vernebeln" könnte, wie die Auseinandersetzungen um das Gesetz zeigten (N. Andreev, Op'janit li nas svoboda slova? Izvestija 21.6.1990).

Wann mit der "Freiheit des Wortes Mißbrauch" (§ 35) getrieben wird, sollen in Zukunft die Gerichte klären; es scheint, von dieser Möglichkeit wird verstärkt Gebrauch gemacht, von Einzelnen wie von den Medien selbst. Dazu 2 Beispiele: Die Zeitschrift VOENNO-ISTORIČESKIJ ŽURNAL muß eine Entschuldigung an OGONEK veröffentlichen für einen nachgedruckten, jedoch verfälschten Text (Radio Liberty, The USSR This Week, 14.2.1991); die PRAVDA muß einen Bericht über die prominente Abgeordnete Galina Starovojtova korrigieren, entsprechend dem Pressegesetz in derselben Rubrik und derselben Schriftgröße wie das inkriminierte Material (M. Pozdrova, Na toj že polose i tem že šriftom, Mosk. nov. 6, 10.2.1991).

Als Kommentar zu diesem Aspekt des Pressegesetzes könnte man die Tatsache auffassen, daß noch vor seiner Verabschiedung ein "Gesetz zum Schutz von Ehre und Würde des Präsidenten der UdSSR" gemacht wurde und umgehend angewandt werden mußte: gegen Valerija Novodvorskaja von der Gruppe DS wegen eines Artikels mit dem Titel "Heil Gorbačev", in dem sie den alten Geist dieses neuen Gesetzes mit kräftigen Worten hervorzulocken sucht: Usurpator, roter Faschist, unser Duce, Henker und Mörder usw. (Svobodnoe slovo 22/52, 3.7.1990). In altem Geist wurde zumindest mit ihr noch vor dem eigentlichen Prozeß verfahren: sie wurde zur Begutachtung in eine psychiatrische Klinik eingeschlossen – was der als Dissidentin seit langem bekannten Frau

nicht zum erstenmal passiert -, während in den Medien eine Vorverurteilungskampagne einsetzte, die ihrerseits nach § 35 des Pressegesetzes als "Mißbrauch der Freiheit des Wortes" (hier: Einflußnahme auf Gerichte) angesehen werden könnte (M. Melesenko, Počem nyne oskorbljajut, Sov. kul't. 29, 21.7.1990; Valerija Novodvorskaja obvinjajut v oskorblenii Prezidenta, Mosk. nov. 39, 30.9.1990; V. N., Interview, Vzgljad iz tjuremnoj kamery, Ogonek 40, 1990, S. 26-29). Über den Ausgang des Prozesses ist uns leider nichts bekannt.

Die Presse als "vierte Gewalt"

Nachfolgend abgedruckter Leserbrief zu den Preiserhöhungen bezeugt noch einmal die eminente Rolle der Presse im Leben der Bürger, und dies schon in Zeiten, in denen nicht Rechtsstaatsvorstellungen, sondern Rechtlosigkeit deren Selbstbewußtsein prägte und die Presse häufig die letzte und einzige Hoffnung auf Unterstützung gegen erfahrene Ungerechtigkeit darstellte.

Auch ich muß mich von vielen Zeitungen und Zeitschriften trennen, die in langen Jahren zu Freunden, Brüdern im Geiste mit heilenden Kräften geworden sind.

Als erste trage ich in diese traurige Liste der in Ungnade Gefallenen die PRAVDA ein, obwohl selbst sie in letzter Zeit lesbarer geworden ist. Mit Bedauern, doch ohne Schmerz trenne ich mich von RABOTNICA - "Die Arbeiterin" -, KREST'JANKA - "Die Landfrau" -, ZDOROV'E - "Gesundheit" -. Schmerzlich, doch in der Hoffnung auf ein Wiedersehen irgendwann einmal verabschiede ich mich von SOVETSKAJA KUL'TURA und ihrer Beilage EKRAN I SCENA - "Leinwand und Bühne" -. Schwer ist es, sich NOVYJ MIR vom Herzen zu reißen, denn weder er, noch A. Tvardovskij, noch A. Solženicyn sind verantwortlich für das, was uns Minfin [= Finanzministerium], Goskompečat' (im Rang eines Ministeriums) und andere M i n [isterien] antun ... (wieviel "Min"en es doch auf unserem Weg gibt!). Was ist mit OGONEK und ARGUMENTY I FAKTY, diesen furchtlosen Kämpfern für *perestrojka*, *glasnost* und Demokratie? Recht hatte mein Landsmann M. Žvaneckij, als er zu Beginn der *perestrojka* ausrief: "Derzeit ist Lesen interessanter als das Leben!". Aber gegen unseren Willen zwingt man uns, weniger interessant zu leben, als wir es gern hätten, und nicht alles das zu lesen, was wir gern möchten.

Deshalb ersetze ich OGONEK und AiF durch meine neue Liebe - die "Nächtlichen Nachrichten" des zentralen TV und ergänze mit ihnen meine geliebten "Vor und nach Mitternacht" und "Vzgljad".²

Mit LITERATURNAJA GAZETA, JUNOST', KOMSO-MOLSKAJA PRAVDA bin ich, sind meine Tochter und meine Familie aufgewachsen. Sie sind auf immer in unser Leben eingegangen, auf sie zu verzichten hieße, auf sich selbst und das eigene Leben zu verzichten. Das aber ist nicht möglich.

Und ohne Zögern bestelle ich für meine Enkelin weiter die "Lustigen Bilder". Wenigstens in der Kindheit soll meine kleine Alisa mit den strohblonden Haaren fröhlich sein und sich an lustigen Bildern vom Leben freuen. Wer weiß, was noch kommt?

(S. Derkač, Odessa, Lit. gaz. 37, 12.9.1990).

Behinderungen der Pressefreiheit 1991

Die Erstürmung des Fernsehturms von Vilnius im Rahmen der militärischen Aktionen der Zentralmacht gegen die Unabhängigkeitspolitik der baltischen Republiken gibt der fortbestehenden "Zerbrechlichkeit und Ungeschütztheit" von Demokratie und *glasnost'* höchst konkreten Ausdruck (Jurij Karjakin, Snova zagnat' džina v butylku? Mosk. nov. 4, 27.1.1991). Nach dramatischer Berichterstattung hierzu in den großstädtischen Medien - MOSKOVSKIE NOVOSTI vom 20. Januar erschienen mit Trauerrand - schlug der Präsident dem Obersten Sowjet der UdSSR am 23.1.91 vor, er solle die Garantie für die "Objektivität" der Medien übernehmen. Jedes einzelne müsse unbedingt "die gesamte Pluralität von Meinungen und Einschätzungen" widerspiegeln; ggf. könne man das Pressegesetz außer Kraft setzen. Ebenso beiläufig wie geäußert zog er diese Idee wenig später wieder zurück (President predlagaet i otka-zyvaetsja, Stenogrammaauszug, Mosk. nov. 4, 27.1.91). In einem Kommentar schätzt der Deputierte Jurij Karjakin die Lage so ein, daß der Vorschlag bei einer Abstimmung möglicherweise mit großer Mehrheit durchgekommen wäre.

Direkte Eingriffe von außen in die inhaltliche Arbeit der Redaktionen läßt das Pressegesetz bei den Printmedien nicht so einfach zu. Einflußnahme erfolgt dennoch: erstens über den Hebel der Personalpolitik; zweitens - ermöglicht durch die spezifischen Eigentumsverhältnisse (s. o.) - über Bevorteilung bzw. Behinderungen der Produktion; und drittens, indem die Post ihr Vertriebsmonopol eigenwillig handhabt. Be-

² Vgl. dazu Kap. Gosteleradio - "Vzgljad" hat das Jahr 1991 nicht mehr erlebt, die Nachrichtensendung TSN im Baltikum-Konflikt kritische Federn gelassen.

richtet wird von einer vorübergehenden Konfiszierung von Ogonek 4, 1991, mit den ersten Artikeln zu Litauen (D. Kretzschmar/A. Leetz, Hrsg., Ogonek. Ein Querschnitt aus dem Perestroika-Magazin, Reinbek 1991, Frontispiz).

Nach Aussagen des stellvertretenden Ministers für Pressewesen und Masseninformaton der RSFSR, M. Fedotov, werden die wirksamsten Angriffe auf die Pressefreiheit augenblicklich in der Provinz, vor Ort geführt. Hier können sich Parteiorganisationen auch in die Arbeit von Redaktionen einmischen und dazu ggf. die "Umregistrierung" der zu den lokalen Räten "abgewanderten" Zeitungen, d.h. die offizielle Parteibeteiligung erzwingen. Weiterhin sind unterschiedliche Preise für Papier bekanntgeworden, je nach "Loyalitätsgrad" des Mediums. Nach wie vor verfügen Einrichtungen wie die KPdSU über die alten Papierfonds, trotz drastisch gefallener Auflagen der Parteipresse, und können sich damit als zensierende "Zwischenverteiler" betätigen (u.a. R. Wolff, a.a.O.). - In einzelnen Fällen werden Druckaufträge nicht eingehalten oder Kontrakte verweigert. In Stavropol' (dem Wirkungsgebiet Gorbačevs) und Krasnodar wird eine unabhängige Gebietszeitung nicht nur nicht vertrieben, sondern bei "wildem" Auftauchen auch konfisziert (alle Beispiele: Cenzura nikogda ne isčezala, Mosk. nov. 6, 10.2.1991). Dem Anschein nach verschleppen manche regionale Postämter die rechtzeitige Auslieferung unbequemer Presse gezielt; bekannt wurde auch ein Fall, in dem den örtlichen Organisationen das Abonnement der höchst kritischen ARGUMENTY I FAKTY nur im "Huckepack" mit dem der unpopulär gewordenen PRAVDA überhaupt registriert wurde (AiF: V cifrach i slovach, AiF 52, 1990).

Zum Thema gezielte Personalpolitik: In den ISVESTIJA schwelt der Konflikt, seit das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR als Gründer der Zeitung Mitte 1990 den konservativen ehemaligen Mitarbeiter N. Efimov zum neuen Chefredakteur berief. Die Wahl des Kollektivs, der seit 25 Jahren als integrierter Journalist der Zeitung bekannte I. Golembiovskij wurde lediglich zum Stellvertreter ernannt. Golembiovskij unterschrieb die Protesterklärung des prominenten Gründerrats der MOSKOVSKIE NOVOSTI - G. ist Mitglied - gegen militärische Eingriffe in die baltischen Republiken (Prestuplenie režima, kotoryj ne chočet schodit' so sceny, Mosk. nov. 3, 20.1.1991). Als Efimov dessen Versetzung ins Ausland erwirken wollte, drohte die Belegschaft der Zeitung mit "Maßnahmen" und bildete ein Streikkomitee (Kak dogovorilis' Anatolij Ivanovič s Nikolaem Ivanovičem, Mosk. nov. 6, 10.2.1991). Mitte April erwartet man in Moskau zwar die baldige Ablösung des zur Entschärfung der angespannten Situation "diplomatisch erkrankten" Efimov; sein Nachfolger wird vermutlich geschickter sein, jedoch mit Sicherheit kein Vertreter der Positionen der Redaktion. Noch ist die Zeitung Brücke, wie I. Golembiovskij sagt, zwischen "linker" und "rechter" Presse mit einer gewissen Bollwerkfunktion für das linke Spektrum. Doch schon wollen

Beobachter ein Nachlassen des kritischen Niveaus der Zeitung festgestellt haben.

G o s t e l e r a d i o

Schon 1990 häuften sich in der Monopoleinrichtung Gosteleradio die Konflikte zwischen Führung und einzelnen Journalisten. Im Spätherbst war der für seinen Widerstand gegen jedes politische Tauwetter bekannte frühere stellvertretende Vorsitzende Kravčenko an die Spitze zurückgeholt worden war, um, wie er selbst sagte, "den Willen des Präsidenten zu erfüllen" (Interview, Izvestija 24.11.1990). Wie es der Journalist Ju. Bogomolov schon nach der Kraftprobe um die litauische Unabhängigkeitserklärung im März 1990 formulierte: "Das Fernsehen erweist sich als gänzlich unbeeinflussbar seitens der Gesellschaft" und wird, "sobald sich die Lage politisch zuspitzt, seine Informationsfunktion weitgehend aufgeben" (Ju. B., Kraeugol'nye kamni pretknovenija, Lit. gaz. 33, 15.8.1990).³ Genau dies galt auch im Januar 1991.

Unmittelbar nach den ersten Zusammenstößen in Vilnius am 11.1. bemühten sich um ausführliche Information aus unterschiedlichen, vereinzelt auch internationalen Quellen: die Nachrichtenagentur "Interfax", 1990 im Rahmen von Gosteleradio mit internationaler Beteiligung gegründet, die sich aber als unabhängig und in manchem de facto als Konkurrenz zu TASS versteht; "Radio Rossija", nach langen Rangeleien zwischen dem Zentrum und der RSFSR um einen eigenen russischen Kanal erst im Dezember eingerichtet; das dreimal täglich erscheinende TV-Kurznachrichtenprogramm TSN; der unabhängige Ortssender "Écho Moskvj".

Für drei von ihnen folgte sozusagen die Strafe auf dem Fuße. "Interfax" wurde noch am selben Tag mit rein administrativen Argumenten von Ausrüstung und Büros bei Gosteleradio verjagt, arbeitet inzwischen in eigenen Räumen weiter (Sammelbericht: V Litve - tanki, na ekranach - tancy, AiF 3, 1991; Vokrug "Interfaksa", Programmzeitung Sem' dnej 4, 1991). TSN, das nachts noch die ersten Panzerbilder gezeigt hatte, wurde ab dem 13.1., vor jeder Sendung zensiert, gekappt und mindestens einmal ganz abgesetzt (Zapret na fakt, Interviews, Ogonek 5, 1991). "Radio Rossija" wurden Sendefrequenzen und -zeiten beschnitten, Anfang Februar für eine bestimmte Frist auch die tägliche

³ Zu Konflikten bei Gosteleradio 1990: ATV (Avtorskoe TV): A. Trigorin, Nožnicy Rešetova, Mosk. nov. 47, 25.11.1990; I. Petrovskaja, Vozvraščeneć, Ogonek 6, 1991; zum kritischen jungen Magazin mit Pop-Einlagen "Vzgljad"/"ViD", das mit Beginn des neuen Jahres - Anlaß: geplante Interviews zum Ševardnadze-Rücktritt - ganz eingestellt wurde: A. Vasil'ev, Iz glaz daloj - iz "Vzgljada" von, Koms. pravda 29.12.1990; Stellungnahmen der Beteiligten des Konflikts "Budet li "Vzgljad"? + Počemu MID ne pustili v ViD, AiF 2, 1991; J. Tschekalova, Die Scherben der Fernsehglasnost, Moscow News (dt.) 2, Feb. 1991; W. Listjew, Interview G. Lütke, Innenansichten zur mundtot gemachten "Ansicht", taz 16.3.1991.

Sendezeit von drei auf eineinhalb Stunden; baltische Kommunisten sollen das Verbot des "Feindsenders" gefordert haben (Oleg Popcov, Interview, *Vražeskij golos "Radio Rossii"*, Mosk. nov. 6, 10.2.1991; Gosteleradio Reduces Radio Rossiya Frequences, *Radio Liberty Report on the USSR*, Wochenübersicht, 2.2.1991). Lediglich Radio M (*Écho Moskvy*) blieb aus uns nicht bekannten Gründen unbehelligt, weitete am 13.1. seine Sendezeit von 3 auf 13 Stunden aus und übernahm Funktionen der Organisation von Aktionen in Moskau ("Teper' proverjaetsja vse...". *Chronika trech dnej efira*, *Ogonek* 4, 1991).

Im System Gosteleradio wurde der "baltische Krieg" in der abendlichen Nachrichtensendung "Vremja" auf der Linie der sog. "nationalen Rettungskomitees" geführt und baltisches Originalmaterial verbannt. Zeitlich blieb das Thema im Rahmen der Nachrichtensendung, mit Ausnahme der Reportage des Leningrader Sensationsjournalisten A. Nevzorov "Naši", die die Armee als "unsere Jungs" feierte. Er unterstellt, die angeblichen Opfer seien auf natürliche Art Verstorbene gewesen, die man nachträglich zwecks Anheizung der Stimmung vor die Panzer geworfen habe. Sein Film wurde von namhaften Filmemachern in einem offenen Brief als erkennbare Fälschung qualifiziert (Mosk. nov. 4, 27.1.1991, die ganze Seite 7; *Ne ver'te!* E. Klimov + 15 Unterschriften, *AiF* 3, 1991). Kommentiert wurde auch die Forcierung eines sonntäglichen Show- und Kuriositätenprogramms am 13.1.; die Militäraktionen seien als "nationales Unglück" anzusehen (*V Litve - tanki, na ekranach - tancy / In Litauen Panzer, auf dem Bildschirm wird getanzt, a.a.O.*; *Chronika trech dnei efira*, a.a.O.).

Widerstand gegen Nötigung und Zensur kam von wenigen engagierten Medienleuten: Die TSN-Redaktion erklärte, künftig alle Eingriffe in ihr Konzept kenntlich machen zu wollen (*Zapret na fakt*, a.a.O.); im April allerdings arbeiten bereits die beiden exponiertesten Mitglieder nicht mehr beim Sender. - Der Autor und Moderator eines populären kritischen Magazins und "Vremja"-Mitarbeiter, V. Molčanov, weigerte sich ab 13.1., an der Produktion von Desinformation teilzunehmen; "Vremja" wird wie in alten Zeiten täglich wieder gegengezeichnet. Molčanov macht jedoch auch darauf aufmerksam, daß viele Kollegen sich längst offizielle Positionen zueigen gemacht hätten und der Anweisung von oben oder außen kaum noch bedürften. Außerhalb von Gosteleradio gibt es bisher kaum Arbeitsalternativen, Entlassung bedeutet Dequalifizierung (*Kruglyj stol "glasnost' v oppozicli"*, Mosk. nov. 10, 10.3.1991). - Eine Reihe Filmemacher zogen ihre Materialien aus den Programmen des Zentralen TV zurück, erklärten eine Art Boykott der Leitung und ihrer Politik (M. Murzina, Zusammenfassung: *Byt' li bojkotu TV, resajut kinematografisty*, *Izvestija* 25.3.1991). - Am 16.1. erschien "Vremja" ohne Wetterbericht als Folge des Proteststreiks der Mitarbeiter des meteorologischen Zentrums (*Leserfrage*, *AiF* 4, 1991). - Diese Einzelaktionen haben hohen moralischen und symbolischen Wert, konnten jedoch die Linie des Fernsehens nicht beeinflussen.

Inzwischen sind im Fall Gosteleradio Schritte zur ökonomischen Absicherung der ehemals politisch definierten Machtfunktionen unternommen worden, dieselben wie in anderen Bereichen der Volkswirtschaft: Per Präsidentenerlaß wurde das einem Ministerium vergleichbare Staatskomitee in eine sog. "unabhängige staatliche Gesellschaft" umgewandelt und deren Direktor (der alte Vorsitzende) vom Präsidenten ernannt. Alle anderen 87.000 Mitarbeiter müssen ihre Verträge neu abschließen. Den Republiken wurde die Anerkennung selbständiger republikanischer TV- und Radio-Einrichtungen angeboten, die mit dem neuen Direktor eine Art föderativen Rat bilden und u.a. die Frequenzverteilung vornehmen sollen. Diese Seite des Dekrets muß sich jedoch erst erweisen, die anhaltende Besetzung des Fernsehturms von Vilnius durch Zentrumstruppen steht in eindeutigen Widerspruch dazu

Es bietet sich die Einschätzung an, daß das Zentrum mit realistischem Blick auf die nicht mehr aufzuhaltenden Selbstbestimmungsbestrebungen der nicht-russischen Republiken jetzt seine Basis auf Kosten der RSFSR sichern will. Ihr wird jegliches Recht auf Anteile am Gosteleradio-Eigentum abgesprochen, werden lächerliche Sendezeiten, noch nicht mal ein eigener Kanal, als Akt 'freundlichen Entgegenkommens' überlassen (V. Yasman, Soviet Television after *glasnost*', Radio Liberty Report on the USSR 45, 9.11.1990 + 9, 1.3.1991; Vl. Arsen'ev, Novoe nazvanie ili novaja žizn'? Izvestija 12.2.1991; TV: Čto izmenit smena vyveski? AIF 7, 1991.) Boris El'cin konnten über eineinhalb Jahre eigene Auftritte im zentralen TV verweigert werden, obwohl er höchster Repräsentant der RSFSR ist. - Umgewandelt wird auch die Presseagentur Novosti in ein international eingebundenes kommerzielles Unternehmen. Hauptverhandlungspartner für Modernisierungs- und Entwicklungsprojekte in den elektronischen Medien ist für die Zentralregierung der englische Pressemagnat Maxwell. Die RSFSR, die inzwischen Gelder vom Unionshaushalt für ein eigenes Rundfunknetz zurückhält (RL, This Week in the USSR 12.2.1991), verhandelt mit italienischen Interessenten ⁴.

Daß dabei konkurrierende Interessen politischer Instanzen nicht identisch mit den Interessen von Medienjournalisten am Abbau von Bevormundung und Zensur sind, verdeutlicht die Verselbständigung des Leningrader Medienzentrums. Der Stadtrat sucht ein genehmes, ihm zu Dienstleistungen verpflichtetes Sprachrohr, das gleichzeitig mit republikanischer Unterstützung zur Konkurrenz für Gosteleradio werden könnte. Der derzeitige Gosteleradio-Chef Petrov möchte die - offenbar solvente - Regionalorganisation der KP zum unabhängigen Eigner machen. Das Kollektiv der Beschäftigten traut offensichtlich weder den

⁴ Am 2.5. wird aus Moskau über die Einrichtung eines eigenen TV-Programms der RSFSR auf dem 2. Kanal für 6 1/2 Stunden täglich berichtet, mit zwei kürzeren Nachrichtensendungen je vor und nach der zentralen "Vremja"; projektiertes Beginn: der 12. Mai 1991 (Republikssender für Rußland, taz 2.5.91).

alten noch den potentiellen neuen Machtverhältnissen (A. Oding, Leningrad: bitva za TV prodolžaetsja, Kommersant 10, 1991) ⁵.

Angesichts des energischeren Kurses gegen umfassende *glasnost*' und der Verbreitung einer Atmosphäre von Verschwörungen und Verleumdung seitens der Anhänger der Zentralmacht rücken die sog. demokratischen Medien bzw. ihre Redaktionen enger zusammen. Sie beraten Abwehr- und Schutzmaßnahmen (Pressu zaščičaet pressa, Mosk. nov. 10, 10.3.1990): Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten des neuen Pressegesetzes und Entlarvung der Schmutzkampagnen und Fälschungen seitens der 'Gegner'; Schutz vor 'Erpressung' durch Behinderung des Zugangs zu Papier, Druckkapazitäten und der Verbreitung. Ein Fond für entsprechende Maßnahmen soll gebildet werden, ggf. durch Umleitung der Zwangsbeiträge an die Journalisten-Vereinigung, die über der Frage der Freiheit des Wortes zutiefst gespalten ist. Während die Moskauer Sektion den Direktor von Gosteleradio Kravčenko für seine Wiederbelebung der politischen Zensur als Mitglied ausschloß (RL This Week in the USSR, 12.4.1991; Vertreibung der politischen Kommentatoren Pozner und Cvetov, RL dito, 9.4.1991), annullierte die Unionsleitung der Vereinigung diesen Beschluß (RL dito, 18.4.1991). - Als lebensnotwendig für die Printmedien überzeugt der Vorschlag, an den Aufbau eines unabhängigen Vertriebsnetzes zu gehen.

(abgeschlossen Ende April 1991)

⁵ Am 8.5. berichten FINANCIAL TIMES in London, Leningradradio sei in eine selbständige Aktiengesellschaft umgewandelt, mit der Mehrheit der Anteile beim Stadtso-wjet, einem Drittel bei Gostelradio, einem Zehntel beim Medienministerium der RSFSR und nur wenigen Prozent für private Interessenten (L. Boulton, Leningrad TV to go independent).

Rückblick: Die Auseinandersetzung um die Zeitschrift "Novyj mir" und ihren Chefredakteur A. Tvardovskij

- Was ist das hier für eine Fabrik? Das soll doch wohl der "Rote Proletarier" sein, oder? Warum sieht man dann so viele Schornsteine? Sie hat doch nur vier, - Suslov konnte sich gar nicht beruhigen.
- Wieso stören Sie die Schornsteine? Der Künstler wollte die besondere Gestalt dieser Stadt wiedergeben, er darf durchaus den Eindruck durch einige zusätzliche Schornsteine verstärken.
- Das ist Ihre Auffassung; nach unserer Auffassung aber hat er nicht das Recht dazu.

(berichtet in Elij Beljutin, Chruščev i Manež, Družba narodov Nr. 1, 1990, S. 136-161).

Die Verabschiedung eines eigenen Pressegesetzes sollte eine der früheren Einsichten der *perestrojka* festschreiben: aller Reform muß die öffentliche kritische Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Probleme und ihrer historischen Bedingungen vorangehen. Nicht zufällig sind in den letzten Jahren die Verfechter einer radikalen Politik der *glasnost'* immer wieder zu der Frage zurückgekehrt, wie in den 60er Jahren der erste Versuch eines freieren Wortes erstickt wurde und wer dafür verantwortlich oder daran beteiligt war. Zwei Ereignisse werden neu dokumentiert und diskutiert: der Prozeß gegen die Schriftsteller A. Sinjavskij und Ju. Daniel' im Februar 1966 und die Vertreibung des Chefredakteurs A. Tvardovskij aus der Redaktion der Literatur- und Kulturzeitschrift NOVYJ MIR (im folgenden: NM) im Februar 1970.

Der Prozeß, in dem Textstellen aus den - im Westen veröffentlichten - satirischen Erzählungen der Autoren quasi als Sachaussagen verwendet werden, markiert erneut die engen Grenzen, die die Partei der künstlerischen Äußerung setzt. Zugleich manifestiert sich in der großen Zahl der Proteste aus der künstlerischen wie wissenschaftlichen Intelligenz ("podpisanty", Bewegung der Briefunterzeichner), welche Kraft in den vorangegangenen Tauwetterjahren freigesetzt worden war: "Das war der Höhepunkt in der Entwicklung zivilen (staatsbürgerlichen) Selbstbewußtseins", heißt es in einer 1988/1989 entstandenen Dokumentensammlung zum Prozeß. ⁶

Die Grundlagen dieses Selbstbewußtseins waren "Vertrauen in die Staatsmacht", "Hoffnung auf Gerechtigkeit, auf die Kraft des legalen Protests, auf das Gewicht der öffentlichen Meinung". Der Ausgang des Prozesses - 7 bzw. 5 Jahre verschärfte Lagerhaft - wie auch die dann

⁶ Cena metafory, ili Prestuplenie i nakazanie Sinjavskogo und Danielja, sost. E. Velikanova, Moskau 1989, darin: G. Belaja, "Da budet vedomo vsem", hier S. 11.

einsetzenden Repressionen gegen Briefunterzeichner beseitigen dieses Vertrauen, befördern Resignation und Kapitulation, drängen den Widerstand in den Untergrund. Vier Jahre später erfolgt die faktische Auflösung der Redaktion von NM durch den erzwungenen Rücktritt von A. Tvardovskij ohne größeren Protest aus der Gesellschaft. Damit ist die letzte Insel von *glasnost* zerstört.

Die Retrospektive gründete sich auf die Sorge, die jetzige, sog. zweite *perestrojka* könne auf ähnliche Weise enden wie die sog. erste, gerade weil sich eine Reihe von Parallelen zwischen ihnen herstellen lassen: Der Impuls kam "von oben" als Reaktion auf eine tiefe Krise; der Schlüssel für ihre Überwindung wurde zuerst im historischen Prozeß gesucht; bei der Aufklärung über Ursachen und status quo engagierten sich die Künste vor den Wissenschaften. In den Kreisen um NM, aber nicht nur dort, waren Vorstellungen von Veränderung entwickelt worden, die die zweite *perestrojka* fast zwanzig Jahre später aufnahm und einzulösen versprach. In ihrem Zentrum standen der Zusammenhang von Ökonomie, *glasnost* und Demokratie und das selbstverantwortliche Individuum mit seinen Bürgerrechten.

Diese Parallelen ignorieren nicht die wesentlich weiter ausgreifende Bewegung der *perestrojka* der 80er Jahre. Sie erklären jedoch, warum die traumatischen Erfahrungen von 1966-70 für Teile der sowjetischen Intelligenz die gesamte Gorbačev-Ara überschatteten, etwa bei G. Belaja im Vorwort zur Dokumentation: Sollte sich der aktuelle Reformprozeß doch als "umkehrbar", d.h. rückgängig zu machen erweisen, könne das Beispiel von Sinjavskij und Daniel' lehren, auch in der Verfolgung seine Menschlichkeit zu bewahren.

Noch im August 1990, als diese Materialien zuerst zusammengestellt wurden, erschien ihre Haltung verständlich, aber zu pessimistisch. Bei der Endredaktion des vorliegenden Artikels im Februar 1991 - nach Gorbačevs Probe, das Pressegesetz wieder außer Kraft zu setzen, nach seinem Versuch, das Baltikum in die Knie zu zwingen, nach der Stärkung der konservativen Kräfte inklusive Armee und KGB in der Regierung, - leuchtet die Besorgnis ein. In privaten Gesprächen läßt sich die stillschweigende Resignation von Teilen der Intelligenz angesichts der sich 'aufrüstenden' Staatsmacht beobachten, ihre psychische Einstellung auf 'härtere Zeiten', die Rückkehr des Gefühls der Ohnmacht und der Verlust der Hoffnung, daß dieses 'geplagte Land' jemals seinen Menschen eine lebenswerte Zukunft werde eröffnen können.

Im ersten Teil der vorliegenden Materialien soll die Polemik der Jahre 1988/89 um das Ende der Ära Tvardovskij in NM interpretiert werden. Damals bestand ein dringendes Interesse zu klären, welche Anteile die sich formierenden Konservativen, die nur noch formal an *glasnost* festhielten, am Ersticken des Öffnungsprozesses der 60er Jahre hatten. Einige historische Anmerkungen sollen vorausgeschickt werden.

Die im zweiten Teil zu diskutierende Materialien des Jahres 1990, zum 80. Geburtstag von Tvardovskij, legen den politischen Charakter der angeblichen Literaturouseinandersetzung offen und liefern einen Beitrag zur Diskussion um die Reformierbarkeit der Kulturinstitutionen wie auch um Schuld, Verantwortung und das Umgehen mit der Vergangenheit.

1. Die Polemik der Jahre 1988/89: Schauplatz Literatur

NOVYJ MIR hatte sich in den 60er Jahren mit Tvardovskij als Chefredakteur durch die Veröffentlichung von Enthüllungen über die stalinistische Vergangenheit und von Gegenwartstexten, deren Schlüsselkriterium "iskrennost", "Aufrichtigkeit" war, ausgezeichnet; zu seinen umstrittensten Autoren gehörte Aleksandr Solženicyn. Tvardovskij war mit seiner Kriegsliteratur und seiner Verserzählung vom einfachen Soldaten "Vasilij Terkin" (1941-45) zum anerkannten Volksdichter geworden. Spätere Arbeiten, in denen die Unterdrückungs- und Leidenserfahrung während der Stalinära immer breiteren Raum einnimmt, konnte er selbst in seiner eigenen Zeitschrift nur nach langen Kämpfen mit der Zensur veröffentlichen, nicht jedoch sein letztes, ihm wichtigstes Poem "Po pravu pamjati" (Das Recht auf Erinnerung, 1961-69). Nachdem die Zensur bereits mehrere Jahre hindurch jedes einzelne Monatsheft der Zeitschrift durch die Herausnahme vieler Texte infrage gestellt hatte, nachdem außerdem zwischen 1968 und 1969 die Redaktionen der letzten zwei 'liberalen' Zeitschriften 'gesäubert' worden waren, während Tvardovskij kategorisch ablehnte, sich von 'unliebsamen' Mitarbeitern zu trennen, setzte im Sommer der Artilleriebeschuß - so Tvardovskij - ein: die Wochenillustrierte OGONEK veröffentlichte den inzwischen legendären "Brief der 11" Schriftstellerkollegen mit dem Titel "Wogegen richtet sich NOVYJ MIR?". Die Autoren wollten in den Publikationen von NM eine zynische Sicht auf die sowjetische Realität entdeckt haben, die als Ausdruck einer auf Schädigung des Sozialismus ausgerichteten Ideologie verstanden werden mußte.

In der Öffentlichkeit wurde eine Pressekampagne nach bekanntem sowjetischen Muster inszeniert, während Schriftstellerkollegen und andere Kulturaktivisten hinter den verschlossenen Türen des Schriftstellerverbandes Instruktionen entgegennahmten und agierten. Im Februar 1970 trat Tvardovskij zurück, nachdem er seine beiden wichtigsten Mitarbeiter nicht retten konnte.

Die neue Kontroverse um die zwanzig Jahre zurückliegenden Ereignisse läßt im Frühjahr 1988 die ehemaligen Fraktionen auch personell "wiederauferstehen". Ihr Gegenstand ist derselbe wie damals: die Konfrontation der offiziellen, sowjet-patriotischen Geschichtskonstruktion mit bis dahin unterdrückten Dokumenten aus dieser Geschichte (auch Erinnerungen sowie literarische und politisch-theoretische Texte), die die Um- bzw. Neubewertung der eigenen Geschichte in ihren verschie-

denen Etappen erfordert. Parallel dazu verläuft eine Auseinandersetzung über die neue "Meinungsdiktatur" der Perestrojkavorkämpfer ("proraby perestrojki"). 1989 wird das Jahr des sog. "Bürgerkriegs der Literaten" um Linie und Einfluß in einigen exponierten Zeitschriften (s. dazu meinen Artikel einschl. Dokumentation "Der Sozialismus und das Vaterland sind in Gefahr", Osteuropa Nr. 7, 1990, S. 593-606 und S. A 390-402). Der Rezeption folgt die direkte Aktion; die Kräfteverhältnisse allerdings haben sich gewandelt.

1.1. Glasnost' und der Kampf um den Platz an der Futterkrippe

Der erste Text zu Tvardovskij erscheint Ende Oktober 1986 in der Wochenzeitschrift OGONEK, die sich gerade unter der neuen Leitung des Schriftstellers V. Korotič zum Sprachrohr der *perestrojka*-Politik mauert. Im September hatte diese Politik, aktiv unterstützt von der künstlerischen Intelligenz, ihren ersten Sieg errungen: das gigantische Umleitungsprojekt für die nordeuropäischen und sibirischen Flüsse wurde gekippt. - Noch in der alten Diktion fordert OGONEK die Schriftsteller auf, weiterhin und nach dem Beispiel von Tvardovskij ihre "parteiliche und professionelle Verpflichtung als sowjetische Literaten" im Kampf gegen "Lüge und Demagogie" wahrzunehmen und sich von Widerstand nicht beirren zu lassen (Jurij Trifonov, Vspominaja Tvardovskogo, Ogonek 44, 1986, S. 21-24). Es wiederholt damit den persönlichen Aufruf Gorbačevs an die künstlerische Intelligenz vom Juni desselben Jahres und funktionalisiert Tvardovskij für die aktuelle Parteipolitik.

Der eigentliche Text sind lange vorher aufgeschriebene, sehr persönliche Erinnerungen des ehemaligen NM-Autors Jurij Trifonov. Er enthält eine Beobachtung, deren Relevanz erst in den folgenden Jahren deutlich wird: Mit seinen strengen literarisch-ethischen Kriterien hatte Tvardovskij als Chefredakteur des renommierten NM ein Heer von "offiziellen" Literaten durch Kritik und Geringschätzung enttäuscht, verletzt, brüskiert und verbittert, weshalb sie später nicht bereit waren, ihn zu halten, bzw. ihn direkt bekämpften. Mit der Öffnung der zweiten *perestrojka* für unterdrückte Literatur auch aus der Emigration trat die professionelle Inkompetenz dieser "Beamten des Kulturbetriebs" erneut zutage.

Zwei Jahre später nennt Irina Dement'eva die Namen derjenigen Literaten, die die Kampagne gegen die Zeitschrift und ihren Chefredakteur vorantrieben und die Endphase mit dem "Brief der 11" eingeläutet hatten; "Acht der 11 Unterzeichner sind auch heute aktiv in der Literatur, drei davon sind Chefredakteure von literarisch-künstlerischen und gesellschaftspolitischen Monatszeitschriften" ("Est' chorošee na-

rodnoe slovo ...", Junost' Nr. 7, 1988, S. 83-86. Die drei Chefredakteure waren 1988: Anatolij Ivanov in "Molodaja gvardija", Adressat dieses als offener Brief formulierten Artikels; Michail Alekseev in "Moskva", Sergej Vikulov in "Naš sovremennik"). I. Dement'eva schreibt:

Recht behielt Dm. Ivanov, der 1969 schrieb, nicht NOVYJ MIR und nicht dem 'liberalen Kritiker' A. Dement'ev gehöre die Zukunft, sondern Ihnen, den elf Literaten. Die Jahre, die uns die Vergangenheit der Stagnationsperiode einbrachten, waren Ihre Zukunft. Und in dieser Zukunft ging es Ihnen glänzend. (S. 84/85).

Glänzend ging es den Gegnern von NM vor allem deshalb, weil sie im Schriftstellerverband über Leitungspositionen und in den Printmedien in Schlüsselfunktionen über Veröffentlichungsplatz, Papier und Honorare verfügten. Tvardovskij selber berichtet:

Sie versuchen sogar, mich zu kaufen. Sofronov [damals Chefredakteur von "Ogonek", wo später der Brief der 11 gedruckt wurde] hat angerufen. Will mich in die "Bibliothek Ogonek" hineinnehmen. Das ist eine handfeste Sache: hohe Auflage, Honorar entsprechend der Anzahl der Gedichte, viel Geld.

Seine Erklärung für dieses Angebot sozusagen über die Barrikade hinweg deckt sich mit der obigen Einschätzung Trifonovs:

Der einzige Punkt ist der, daß ich ihre Sachen nicht drucke. Würde ich sie morgen drucken - sie würden aufhören zu schimpfen ... Ich habe abgelehnt. (Zitiert bei N. Il'ina, Moi prodolžitel'nye uroki, Ogonek 17, 1988, S. 26-29, hier S. 28).

Wie sich für Tvardovskijs Gegner Medienpolitik und eigener Vorteil verbanden, hat I. Vigiljanskij mit eindrucksvollen Zahlen im neuen OGONEK für die erste Hälfte der 80er Jahre anschaulich dargelegt ("Graždanskaja vojna" v literature, ili o tom, kak pomoč' čitatelju L'va Nikolaeviču, Ogonek 43, 1988, S. 6-8).

Fragt man nach dem Rang der Schriftsteller in den beiden Lagern damals, kann man folgendes feststellen: Als Verfälscher der Wirklichkeit, Verleumder und Schwarzmalen wurden gegen Ende der 60er Jahre die NM-Autoren F. Abramov, V. Bykov, Č. Ajtmatov, Ju. Trifonov, F. Iskander, V. Šukšin, V. Astaf'ev, B. Možajev, A. Jašin, V. Semin beschimpft. Sie gehören heute mit zu den geachtetsten Schriftstellern der russisch-sowjetischen Literatur, wurden aber über Jahre nur zögernd

gedruckt (N. Il'ina, 1988, a.a.O. S. 27). Die in dem Brief der 11 als Blüte der Dorfschriftsteller vorgestellten Autoren sind heute völlig unbekannt (I. Dement'eva, a.a.O. S. 85). Tvardovskij war als Redakteur unbestechlich; bei seinen einflußreichen Sekretärskollegen im Schriftstellerverband vermißte er sowohl künstlerisches Talent als auch das Streben, die Wahrheit zu erkennen und darzustellen – was für ihn letztlich nicht voneinander zu trennen war. Auch scheute er sich nicht, ihre Werke im Kritikteil von NM auseinandernehmen zu lassen (Beispiele u.a. bei N. Il'ina, 1988, a.a.O.). Im Grunde sprach er ihnen das Recht auf eine literarische Existenz ab; oder profan gewendet: bei ihm hätten sie am Hungertuch genagt.

1.2. Gedächtnis und Wahrheit

Wahrheit versteht Tvardovskij in erster Linie als Aufklärung über den Stalinismus in all seinen Erscheinungsweisen, vergangenen und weiterexistierenden. In dem Maß, in dem die *perestrojka* die Fortführung der in den 60er Jahren steckengebliebenen, wo nicht gar rückgängig gemachten Entstalinisierung zum Programm und zur Bedingung ihrer Realisierung erhebt, brechen die damaligen Fronten wieder auf. In der Rolle von NM ist jetzt OGONEK, die Wochenzeitschrift, die seit Mitte 1986 das Lager gewechselt hat.

Angefeindet werden das prinzipielle Herangehen der Zeitschrift an un- eingeschränkte Aufklärung über die Vergangenheit, die schonungslose, Tabus beiseiteräumende Untersuchung der Gegenwart und der kämpferische Stil, zuweilen nicht ohne Anflüge von Arroganz gegenüber denjenigen, die sich der OGONEK-Interpretation von *glasnost'* nicht anschließen. Letztere gruppieren sich um einige der alten NM-Gegner (Brief der 7 "Pis'mo v Pravdu", Pravda 18.1.1990). Auf beiden Seiten beteiligen sich eine ganze Reihe von Zeitungen und Zeitschriften an der Polemik. Die Verwandtschaft dieses "Briefes der 7" in Denkweise wie Sprachgestus zum "Brief der 11" fällt sofort ins Auge: Motiviert durch die Sorge um die Zukunft des Gemeinwesens und der *perestrojka* decken die Autoren das Wirken einer ungenannten feindlichen Kraft auf, die die Geschichte verfälscht, Werte verleumdet und die Kultur in den Dreck zieht. Wie die Literaturabteilung von OGONEK feststellt: Der Brief zielt auf administrative Einschränkung von *glasnost'* (Neskol'ko mnenij o "Pis'me semi", Ogonek 6, 1989, S. 27), auf Erneuerung der Zensur und Einmischung in die Pressearbeit: er kommt einer Denunziation gleich.

Bedingt durch das Erstarken der russisch-nationalen Komponente und den Abbau der Loyalität gegenüber der Partei läßt sich allerdings eine leichte Werteverchiebung gegenüber den 60er Jahren beobachten. Solženicyn, damals gar als Jude verdächtigt und abgewehrt, ist heute für dieselben Leute der neue russische Prophet. Sie haben auch seinen Ausschluß aus dem SV rückgängig gemacht. Der Jüdin und ehemaligen

Bolschewikin E. Ginzburg wie auch V. Grossman, beide aus dem ehemaligen NM-Autorenkreis und inzwischen verstorben, wird zu ihren jetzt erst veröffentlichten Hauptwerken "anti-russischer Rassismus" vorgeworfen. Auch hier werden neben ideologischen Positionen handfeste materielle Interessen verteidigt: Nach den zwischen 1988 und 1990 sprunghaft angestiegenen Auflagenzahlen bestimmter Zeitschriften zu urteilen, stehen die 'Eindringlinge' aus Emigration und aus der Versenkung im eigenen Land hoch in der Lesergunst. Da heute an Leserinteressen nicht mehr vorbeipubliziert werden kann, findet also ein regelrechter Verdrängungswettbewerb statt.

Doch NM war unter Twardovskij mehr als ein Sammelbecken für gute und ehrliche Literatur, war - mit den Worten des ehemaligen Redaktionsmitglieds Ju. Burtin - "die einzige sowjetische Zeitschrift, die dem vorangegangenen Kurs [d.h. des XX. Parteitags] treubleib" ("Vam, iz drugogo pokolenija ...", Oktjabr' Nr. 8, 1987, S. 197). Währenddessen wurde in der Gesellschaft nicht offen, sondern in "gezielter Mischung aus Halbwahrheiten und Verschweigen" die moralische Rehabilitierung Stalins vorgenommen (Ju. Burtin, 1987, a.a.O. S. 196) und die "damalige demokratische Bewegung in die Opposition getrieben" (Ju. Burtin, 1987, a.a.O. S. 199).⁷ Ausdruck dieser Konstellation war die Tatsache, daß Twardovskij selbst in seiner eigenen Zeitschrift sein von allen als reifstes Werk eingestuftes Poem "Po pravu pamjati" nicht veröffentlichen konnte. Zudem wurde ihm sowohl von den mit der Zensur befaßten Parteigenossen wie von den leitenden Schriftstellerkollegen im Verband die Auseinandersetzung darüber verweigert. Sein Grundgedanke, daß das souveräne Volk mit mündigen Bürgern seine Zukunft neu nur auf dem Weg der Analyse und der Übernahme der Verantwortung für die stalinistische Vergangenheit gestalten kann, liefert eine der Begründungen für *glasnost*; die Veröffentlichung von sowohl "Po pravu pamjati" als auch dem "Requiem" von Anna Achmatova im Frühjahr 1987 hat deshalb symbolische und programmatische Bedeutung.

Interessant ist, wie die ehemaligen Gegner und ihre jüngeren Anhänger auf diese Veröffentlichung reagieren. Die Zeitschrift "Naš sovremennik" bringt es fertig, eine lange Rezension über das Thema "Gedächtnis" bei Twardovskij zu veröffentlichen, in der "Po pravu pamjati" schlicht nicht zur Kenntnis genommen wird. Das aber bedeutet, von dem Gedächtnis an die Opfer und an das eigene Leiden den Gedanken der Durchdrin-

⁷ 1990 (vgl. Kap. 2.2) betont Burtin die Aspekte in NM, die über den XX. Parteitag hinausweisen. Zu dem dogmatischen Charakter des im "Brief der 11" inkriminierten Artikels von A. Dement'ev hatte sich seinerzeit schon Solženicyn geäußert, worauf A. Latynina mit ausführlichen Zitaten in ihrem Artikel "Solženicyn i my" (NM Nr. 1, 1990, S. 253/54) aufmerksam macht. Insofern in der Sowjetunion die Veröffentlichung von Solženicyns Darstellung der Kontroversen der 60er Jahre in "Die Eiche und das Kalb" noch aussteht - NM hat die Absicht bekundet, wird aber z.Z. mit einem halben Jahr Verspätung ausgeliefert - ist mit einer Neuauflage der Kontroverse zu rechnen, die die Chance der adäquateren Beurteilung auch von NM enthält.

gung der Vergangenheit (doskazat') und der Übernahme der Verantwortung (otvetstvennost') abzutrennen, (I. Rostovceva, "Vmeste s begom vremeni..." Razmyšlenija o posmertnoj sud'be tvorčestva Aleksandra Tvardovskogo, Naš sovremennik Nr. 10, 1987, S. 153-159 in der Rubrik "Kritika" mit dem thematischen Schwerpunkt "70 let Oktjabrja: sovetskaja klassika"). Wenn man sich die mühselige Geschichte des Poems, seine Bedeutung im Werk und Leben Tvardovskijs und den Kontext 70 Jahre Sowjetmacht vergegenwärtigt, kommt diese Untersuchung einer Verhöhnung des Dichters gleich. Außerdem macht sie den selektiven Charakter des Umgehens dieser Zeitschrift mit der eigenen Geschichte deutlich, die offenbar wesentlich von den Begriffen "dostiženija" (Errungenschaften) und "podvigi" (Heldentum) her erschlossen wird.

Geradezu jämmerlich sind die Artikel aus dieser Richtung zu Tvardovskijs Jubiläum im Juni 1990: sentimentale und dabei leicht kokettierende Erinnerungen völlig unbedeutender Poeten an Tvardovskij als strengen, aber gerechten Lehrer ihrer Jugend mit Gespür für Sprache und echtes Talent (Literaturnaja Rossija Nr. 25 vom 22.6.1990, S. 8/9, Erinnerungen von A. Markov, V. Sergeev, V. Bogatyrev; V. Smirnov, "S tropy svoej ni v čem ne sostupaja...", und S. Borzuna, Istorija odnogo sbornika, beide Moskva Nr. 6, 1990, S. 197-203). -

Die eigentliche Polemik um Tvardovskij und das Ende von NM versickert mit Beginn des Jahres 1989, nachdem sie innerhalb der literarischen Intelligenz mit ihren allgemeinen Bekenntnissen zur *perestrojka* die Differenzierung vorangetrieben hat. Und sie ist dadurch gegenstandslos geworden, daß das Medienwesen selbst eine gewisse Pluralität entwickeln konnte und die Notwendigkeit der Verdrängung, das "Wir oder Ihr" nicht mehr besteht. Mit der großen Kampagne vor allem gegen den Chefredakteur der Zeitschrift OKTJABR' scheitern die vereinigten Konservativen in ihrem Versuch, diesen Prozeß aufzuhalten, und kämpfen jetzt um ihren "legitimen" Anteil an ihnen. Das Pressegesetz vom Juni 1990 schafft die Voraussetzungen für relativ unabhängige Redaktionen und weitgehende Einstellung der staatlichen Zensur. Anti-pluralistisch wirkt dagegen die Tatsache, daß sich die Produktionsbedingungen (Papier, Druckereien) immer noch vorwiegend in Besitz oder Verfügung von Parteiorganisationen befinden.

2. 1990: Dokumente zum planmäßigen Vorgehen des Apparats gegen die kritische Intelligenz

Die Materialien des Jahres 1990 sind vorwiegend dokumentarisch, allen voran Tagebuchaufzeichnungen von NM-Redakteuren und Materialien aus dem Archiv des Schriftstellerverbands.

Briefe von A. Tvardovskij:

- (zu im engen Sinn literarischen Fragen) Novomirskie pis'ma: "Eto ne predmet sudebnogo razbiratel'stva", Sov. kul't. Nr. 25, 23.6.1990;
- (an K. Fedin, Erster Sekretär des SV der UdSSR, zum 'Fall Solženicyn') "Nam rešat' voprosy literaturnoj žizni", Oktjabr' Nr. 2, 1990, S. 185-203, kommentiert von M. Tvardovskaja;
- (an den NM-Redakteur V. Ovečkin) "Rakryvaja kvadratnye skobki", Knižnoe obozrenie Nr. 35, 31.8.1990; Wiederherstellung der in früheren Publikationen zensierten 'kritischen Stellen' durch Ju. Burtin.

Tagebuchaufzeichnungen ehemaliger NM-Redaktionsmitglieder:

- V. Lakšin, "Novyj mir" vo vremena Chruščeva 1961-1964. Stranicy dnevnika, Znamja Nr. 6, 1990, S. 66-121; Nr. 7, S. 90-137;
- Ju. Burtin, Novyj mir i ego protivniki. Popytka redakcionnogo dnevnika, 1969, Lit. gaz. 25, 20.6.1990;
- A. Kondratovič, Poslednij god. Iz "novomirskogo" dnevnika, NM Nr. 2, 1990, S. 195-236.

Archivmaterialien:

- Iz istorii obščestvenno-literaturnoj bor'by 60-ch godov. Tvardovskij, Solženicyn, "Novyj mir" po dokumentam Sojuza pisatelej SSSR. 1967-1970, publikacija Ju. Burtina i A. Vozdviženskoj, Oktjabr' Nr. 8, 1990, S. 174-198; Nr. 9, S. 167-204; Nr. 10, S. 178-203; Nr. 11, S. 175-199.

Erinnerungen:

- S. Zalygin, O Tvardovskom, Novyj mir Nr. 6, 1990, S. 188-193;
- N. Il'ina, Pečal'nye stranicy, Oktjabr' Nr. 10, 1990, S. 119-141 (zu A. Achmatova, K. Čukovskij und A. Tvardovskij).

Schon die Tatsache der Veröffentlichung dieser Materialien ist bedeutsam; sie belegt den Prozeß der Entwicklung von *glasnost'* in den vergangenen Jahren. Noch 1988 wurde eine NM-Ausgabe mit großer Verzögerung ausgeliefert, weil sie eine erste Solženizyn-Veröffentlichung angekündigt hatte. Solženicyn wurde damals zwar nicht mehr angegriffen, war aber noch nicht zitierfähig (N. Il'ina 1990, S. 131).

Entsprechend ihrer Entstehungszeit enthalten die Tagebücher nicht im entferntesten die Idee einer späteren Veröffentlichung; das Tagebuch war über Jahre hinweg ein geradezu gefährliches Genre (vgl. dazu V. Lakšin, a.a.O. S. 66, Vorwort). Die vorliegenden dokumentieren den "Krieg" des herrschenden Apparats gegen eine kleine Schicht von Intellektuellen, die für ihr Land Wege aus der gesellschaftlichen Krise in Richtung auf Demokratie suchten und in ungeheuer kräfteverschleißenden, häufig von vornherein zum Scheitern verurteilten je einzelnen Widerstandsaktionen dieses Recht auf Suche und Diskussion verteidigten. 1990 ist ihre Veröffentlichung verspätete Totenklage für den "gefallenen Helden" Tvardovskij als auch Abrechnung mit denen, die sein Ende beschleunigten (vgl. N. Il'ina 1990, "pavšim v bor'be za etot žurnal", über die heuchlerische Totenfeier im Moskauer Schriftsteller-

klub, S. 139/140). Sie belegen, daß der Aufbruch der Gesellschaft schon damals, trotz lastender Endzeitstimmung, als historisch unvermeidlich eingeschätzt wurde.

Die Materialien aus dem Archiv des Unions-Schriftstellerverbandes erlauben in ihrer sorgfältigen Interpretation durch Ju. Burtin die Verteilung der Verantwortung zwischen verschiedenen Abteilungen und Unterabteilungen des Apparats. Sie ermöglichen, Methoden und Interessenlagen in diesem Krieg genauer zu bestimmen und den Blick auf die Beziehung zwischen der "ersten" und der "zweiten" *perestrojka* zu verbreitern. Vor allem provoziert Burtin – wenn dies auch nicht mehr Gegenstand seiner Untersuchung ist – die Suche nach den verborgenen Kontinuitäten in den 70er und frühen 80er Jahren.

Von eigenem Interesse, das hier nicht weiter verfolgt wird, sind die berichteten Gespräche mit Tvardovskij über Literatur, vor allem bei V. Lakšin. Tvardovskij war ein guter Kenner der Literaturgeschichte und ein ausgezeichnete Literaturanalytiker; aus den Aufzeichnungen geht hervor, daß alle Redaktionsmitglieder sein Urteil mit großer Aufmerksamkeit hörten. Ju. Trifonov geht in seinen Erinnerungen genauer darauf ein, daß NM eine Konzeption von Literatur vertrat, in der das gesellschaftliche Engagement an erster Stelle stand. Literatur sollte verstehen, kritisieren und verändern wollen und im weitesten Sinn kämpferisch sein. Tvardovskij definierte seine Redakteurstätigkeit als für die Gesellschaft notwendige, die von Teilen der Gesellschaft auch so verstanden und unterstützt wurde. Deshalb entschied er sich immer wieder für die kräftezehrende Auseinandersetzung mit der Zensur und sonstigen Gegnern und zum Nachteil für seine privaten Pläne als Dichter.

Werken, die die o.g. Kriterien nicht erfüllten, aber Qualität hatten, sprach Tvardovskij Existenzberechtigung nicht ab, hatte aber wenig Lust, sie zu drucken. Häufig wird der Eindruck erweckt, als sei die beste Literatur der 60er Jahre nur in NM zu finden; dabei gibt es eine Reihe guter Autoren, die dort damals nicht gedruckt wurden. Trifonov nennt V. Tendrakov, Ju. Bondarev, V. Lipatov, G. Baklanov (a.a.O. S. 22); überhaupt keinen Zugang fand Tvardovskij zu V. Nabokov (S. 23).

In allen Materialien nimmt natürlich die Zensur einen großen Platz ein. Kondratovič, über viele Jahre Stellvertreter Tvardovskijs, protokolliert das Schicksal einer jeden Ausgabe der Zeitschrift. Lakšin fügt in seine Aufzeichnungen eine Rarität ein: das persönliche Notizbuch des unmittelbaren Sachbearbeiters von NM in der Zensurbehörde Glavlit aus der Zeit von Lakšins Zugehörigkeit zur Redaktion. Geschrieben in einer Sprache, wie man sie aus der Kriegsberichterstattung und aus amtlichen Dokumenten kennt (Lakšin, a.a.O. S. 83), war ihr vorrangiger Zweck für den Schreiber offensichtlich der, sich für den Fall späterer Entscheidungen – die in der Regel sowieso nicht er fällte – nach allen Richtungen abzusichern. Sie belegen, daß für alle Ebenen der Bürokratie das gilt, was Rozov für die höheren 'Etagen' den "Stil unserer Zeit"

nennt: "feige, hintenherum und so, daß es kein Aufsehen macht" (bei Kondratovič, S. 206). Oder, wie Tvardovskij es formuliert: "Sie scheren sich um niemand. Aber haben vor allem Angst ..." (bei Kondratovič a.a.O. S. 207). So erklären sich möglicherweise auch Fälle von Intervention aus dem ZK gegen von Glavlit bereits freigegebene Hefte (Ju. Burtin, Archiv, a.a.O. Oktjabr' Nr. 8, S. 176).

2.1 Endzeitstimmung und der Zusammenhang von Ökonomie, *glasnost* und Demokratie

Einerseits war allen, die die jahrelange Vernichtungskampagne gegen NM als stärkste und später letzte Bastion der Reformkräfte verfolgten, klar, daß spätestens mit Brežnev eine neue Epoche der "kontrperestrojka" (Ju. Burtin, Archiv, a.a.O. Oktjabr' 8, S. 174) bzw. Restalinisierung begonnen hatte. Zugleich wurde immer wieder die Überzeugung formuliert, daß auch nach dem Fall von NM der Gang der Geschichte nicht endgültig aufzuhalten sei.

Tvardovskij bei Kondratovič: "Wacht auf, Freunde, schaut euch um: sie meinen es ernst und auf Dauer." (a.a.O. S. 207). Unmißverständliches sichtbares Zeichen für die neue Ära ist die Invasion in der CSSR; Dubceks Entfernung wird als Beweis für die Fähigkeit der Führung genommen, auch hier mit seinen Anhängern Schluß zu machen. Kondratovič: "Ein düsteres Jahres als 1968 kenne ich nicht ... unsere letzten Hoffnungen und Illusionen sind bankrott" (a.a.O. S. 195). Hinzu kommen ständig neue, sehr wahrscheinlich gezielt lancierte Gerüchte über eine schon vollzogene Suspendierung von Tvardovskij: "Stückchenweise haben sie mich faktisch schon abgelöst" (bei Kondratovič S. 201 + 207).

Die Endzeit- und Todesmetaphorik, die in den Gesprächen 1969 auffällt (Tvardovskij: "Wenn wir schon sterben müssen, dann mit Musik; soll es ruhig donnern"; bei Kondratovič a.a.O. S. 206), verweist auf den tieferen Grund des Lebensgefühls: auf die Abtötung jeder Initiative, jeder Vorstellung von einer konstruktiven Funktion des Einzelnen im Gesamtgefüge. Tvardovskij:

Wir leben von Minute zu Minute. Wenn man uns nicht ruft, drängen wir uns nicht auf. Wenn man uns nicht ruft und keine Aufgaben gibt, müssen wir es eben selber tun; aber gerade das dürfen wir nicht. Um keinen Preis! Nichts von dem, was wir wollen, läßt man uns machen.

Kondratovič: "Dieses Motiv höre ich bei ihm schon lange." (a.a.O. S. 222). Es findet sich bereits sieben Jahre früher in Lakšins Aufzeichnungen, als Hinweis auf die ungeheure Vergeudung brachliegender Energien (a.a.O. S. 113). Überrascht entdeckt Lakšin:

Der Zensor geht von der Annahme aus, daß die ganze Welt im Prinzip verboten ist, alles um uns herum also. Es gibt eine Liste von Dingen und Phänomenen, die ausnahmsweise erlaubt sind ... Das Verbot erstreckt sich auch auf die Einrichtung selbst. (a.a.O. S. 79).

Stärker als die Erwartung der politischen Niederlage drückt auf den Kreis um NM und Tvardovskij, so scheint es, die Einsicht, daß die "kontrperestrojka" das ökonomische Grundproblem der Gesellschaft, die Quelle ihrer Krise nicht beseitigen wird, also das Bewußtsein vom engen Zusammenhang von Ökonomie und *glasnost* - knapp zwei Jahrzehnte später Auslöser für eine neue Politik. Tvardovskij:

Wohin wir gehen, weiß keiner, ich weiß nur eins, es kommt nichts gutes. Die Ökonomie rettet man nicht mit Resolutionen. Die einzige Möglichkeit der Rettung ist - alle Schleusen für *glasnost*, für ein aufrichtiges Gespräch öffnen. Aber genau das ist es, was sie nicht können. Sonst würden sie ... im Gegenteil NM unterstützen. (Kondratovič, a.a.O. S. 234).

Die Begründung dafür, "warum sie das nicht können", liest sich bei Ju. Burtin heute so:

Um eine bestimmte Lebensdauer zu sichern, muß sich ein solches Gesellschaftssystem nicht nur mit Stacheldraht, sondern mit ideologischem Nebel umgeben, muß systematisch und zielstrebig die Gesellschaft mystifizieren, muß im Massenbewußtsein die reale Vorstellung von der Wirklichkeit, wie sie die tägliche Erfahrung vermittelt, auswechseln durch eine "süße Legende" von ihr (Mertvoe i živoje, Lit. gaz. No. 27, 22.8.1990).

Daß diese Legendenbildung nur für eine absehbare Zeit funktioniert, war offensichtlich damals schon klar.

Kornej Čukovskij über Tvardovskij:

"Seine Linie wird siegen. Ganz unweigerlich - in vermutlich 60 Jahren. Nur wir werden es nicht mehr erleben."

Dazu Tvardovskijs Kommentar:

"Früher. Viel früher. In 20 bis 30 Jahren."

(bei N. Il'ina, 1988, a.a.O. S. 29).

Zu den direkten Verbindungslinien zwischen den 60er Jahren und der *perestrojka* gehören Person und Ideen Andrej Sacharovs, und zwar vor allem wegen Sacharovs Fähigkeit, die in der intellektuellen Diskussion noch isoliert verhandelten Ideen zu einer politischen Konzeption zusammenzuführen und sogar Vorstellungen von Etappen, von Übergängen zu entwickeln. Interessehalber soll hier aus A. Kondratovičs Aufzeichnungen vom Ende März 1970 ausführlicher zitiert werden:

Tvardovskij: "Viel Schweres haben wir vor uns, das ist mir klar. Klar ist, daß die größten Probleme überhaupt noch kommen werden (dieser Gedanke ist überraschend, schien es doch, als hätte die Tragödie schon stattgefunden). Und dennoch gibt es Dinge, die nicht rückgängig zu machen sind; denn, wie es so schön heißt, die Erde dreht sich noch. Sie können vieles schon nicht mehr wiederherstellen, selbst wenn sie es wollten. Ihr denkt, Brežnev würde nicht gern die Angst wiedererwecken? Auf jeden Fall. Aber er kann es nicht. Ganz gleich, wie die Führung von Sancho Pansa (so nennt er Chruščev) ausgesehen hat, sie hat unumkehrbare Veränderungen bewirkt, hat unaufhaltsame Prozesse in Gang gesetzt, auch wenn sie jetzt versuchen, sie einzufrieren, das Leben zurückzudrehen. Früher oder später werden sie sich darüber den Hals brechen." (a.a.O. S. 235)

27.3.1970: Das Akademiemitglied Sacharov hat einen Brief geschrieben, möchte, daß es ein kollektiver Brief wird und nicht, daß man ihn für manisch hält (weil er ununterbrochen schreibt). Weitere Unterschriften wären ja auch nicht schlecht. Kopien des Briefentwurfs hat er an seine Freunde in der Akademie verschickt, insgesamt 13. Doch dann haben auch andere davon erfahren. Und die Akademiemitglieder wurden vorgeladen, jeder einzeln. Und bekamen die Anweisung, nicht zu unterschreiben. Da sind die alten Männer erschrocken. Aus. ... Sacharov war erschüttert. ... Der Brief ist an Brežnev, Kossygin und Podgornyj gerichtet, enthält eine Analyse unserer Unzulänglichkeiten und 14 Forderungen zur Erweiterung der Demokratie.

Tvardovskij wird der Brief vorgelesen (a.a.O. S. 236):

"Wieviel Wesentliches, nicht Ausgesprochenes steckt hier noch in jeder Zeile! Überhaupt ist alles unseren offiziellen Verlautbarungen sehr unähnlich, und nicht nur diesen. Noch nie ist wohl auf einer Politbürositzung eine solch grundlegende und tiefgrei-

fende Kritik vorgetragen worden. Hier heißt es, daß wir die kapitalistischen Länder nicht nur nicht einholen werden, sondern zunehmend weiter hinter ihnen zurückbleiben.

Das ist ein sehr kluger Brief, und ich kann in ihm, ehrlich gesagt, nichts Naives entdecken, wie jemand gestern sagte. ... Wenn schon Naivität, dann bezieht sie sich auf den Brief selber, auf seine Absicht. Denn wer wird auf diesen Brief hören, ihm zustimmen? Dafür müßte Brežnev nicht Brežnev, sondern Sacharov sein. Das grenzt schon ans Fantastische. ... Im Brief (besonders am Anfang) werden die Vorteile sozialistischen Wirtschaftens herausgestellt."

A.T. Ihr seht, er ist überhaupt nicht dagegen, im Gegenteil, man kann ihm nichts vorwerfen. (...)

Viel steht darüber, daß man die Veränderungen allmählich, etappenweise vornehmen muß. Auch das hob A. T. hervor.

Doch wer wird sich überhaupt auf die 14 Vorschläge von Sacharov einlassen? Und die Hauptsache ist bei ihm: daß es *glasnost* geben muß, intellektuelle Freiheit und daß Gruppen von Menschen das Recht haben, ihre eigenen gedruckten Organe herauszugeben. Genaugenommen ist das alles nicht mehr als bürgerliche Demokratie. Wir verfluchen sie, während sie für uns unerreichbare, ferne Zukunft bedeutet. Dement'ev lachte: Wir sitzen hier gerade zusammen, warum gründen wir keine eigene Zeitschrift? Wir sind doch auch eine Gruppe von Menschen. (...)

Und dann sprach A.T. wieder davon, wie man alles regeln und tun könnte, und wie wir aber nichts zustandebringen, nichts wollen und Angst davor haben, überhaupt etwas zu tun. ⁸

⁸ Der Brief wurde als "Vorschläge zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens in der Sowjetunion", auch Manifesto II genannt, auf deutsch veröffentlicht in: A. D. Sacharov, Stellungnahme, Wien-München-Zürich 1974, S. 59-82. Er trägt die Unterschriften von A. Sacharov, W. Turčin und R. Medved'ev und das Datum 19.3.1970. Das Recht "vereinigter Bürger", eine Zeitung oder Zeitschrift zu gründen, findet sich in Kap. II, Art. 7 des neuen Pressegesetzes wieder.

2.2. Der Schriftstellerverband als Vollzugsorgan von ZK-Beschlüssen

Ju. Burtin nennt seine Materialien aus dem Archiv des SV der UdSSR vier Akte eines Dramas, dessen Ausgang von Anfang an feststand. Die Stationen sind: erzwungene Rechenschaft der Redaktion von NM vor dem Leitungssekretariat des SV 1967; ebenfalls 1967 des 'Verhör' Solženicyns vor demselben Gremium; Ausschluß Solženicyns aus dem SV November 1969; Zerschlagung der Redaktion von NM und Tvardovskijs Rücktritt Februar 1970.

Burtins Hauptinteresse ist zu zeigen - was den Zeitgenossen damals selbstverständlich und geläufig gewesen sein dürfte -, daß sich auf der Bühne der Literatur nur vordergründig Literaten und ihre gewählten Führer oder Interessenvertreter gegenüberstanden. De facto wurde an ihnen und mit ihnen der "Krieg" der herrschenden "Oligarchie", wie Burtin sagt, gegen die nach dem XX. Parteitag entstandenen Reform- bzw. demokratische Bewegung vollzogen und mit dem Sieg über NM besiegelt. Schon ein flüchtiger Blick auf die publizistischen Beiträge in NM in der zweiten Hälfte der 60er Jahre zeigt, daß die Bewegung längst die Positionen des XX. Parteitags hinter sich gelassen hatte, was nach Auffassung Burtins 1990 durch die frühe Brežnev-Ära erheblich befördert wurde, die den Stalinismus als dem System inhärent erkennbar werden ließ. Zu den in NM kontinuierlich beobachteten Themen gehörten Fragen der Warenproduktion und des Marktes, der Zerstörung der Bauernschaft und der physischen Erschöpfung der großen Massen der Bevölkerung, der Demokratie in Politik und Produktion, das Verhältnis von Individuum, Recht und Macht, Totalitarismusanalysen an den Beispielen Deutschlands, Spaniens, Chinas, das Problem der Entfremdung, die wissenschaftlich -technische Revolution im Sozialismus und im Kapitalismus. Also dieselben Fragen, die sich zwanzig Jahre später sehr viel schneller so zuspitzen, daß Vorwärtsbewegung nicht mehr als Reform, nur noch als grundlegende Umwälzung vorstellbar ist.

Reform oder "Revolution" - diese beiden Positionen waren nach Burtin in der damaligen demokratischen Bewegung bereits vorhanden und wurden von A. Tvardovskij und A. Solženicyn verkörpert; was ihre Zusammenarbeit in NM und überhaupt ihre Begegnung zur historischen Konstellation werden ließ. Gegenüber den Statthaltern des Systems waren sie auf derselben Seite. Wie tief dennoch die Kluft ihrer Anschauungen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, d.h. zur Idee der Revolution und zu Lenin war, enthüllte erst die Veröffentlichung von "Archipel Gulag" und "Die Eiche und das Kalb" in russischer Sprache in Paris zwischen 1973 und 1975. Der "Archipel" erschien in der Sowjetunion erstmals 1989; "Die Eiche und das Kalb" ist von NM für die letzten Hefte des Jahres 1990 angekündigt, die jedoch im Februar 1991 noch ausstehen. - In den 70er Jahren fühlte sich die Familie Tvardovskijs genötigt, mit Unterstützung von V. Lakšin im Westen öffentlich Solženicyns Version als verleumderischen Angriff auf Tvardovskij

zurückzuweisen (vgl. dazu A. Latynina, Solženicyn i my, NM Nr. 1, 1990, S. 250-253, hier S. 251).

Daß der letzte Kampf gegen NM sich relativ lange hinzieht, erklärt Burtin mit der wachsenden Sympathie für o.g. Ideen in der Intelligenz überhaupt, die einhergeht mit schwindender Legitimation des Regimes spätestens seit Prag 1968, auch bei Teilen der westeuropäischen Linken. Daß Tvardovskij und Solženicyn sich bis zuletzt nicht in die offene Schlacht zwingen lassen, sondern in Diktion und Verhalten den Rahmen der Partei- bzw. der kollegialen Kooperation wahren, hänge mit der nicht vorhandenen Massenbasis der Bewegung zusammen und der Einsicht in die Notwendigkeit, verstanden zu werden. Unverblümt ist erst Solženicyns "Offener Brief an das Leitungsssekretariat des UdSSR-SV" nach vollzogenem Auschluß; seine prognostischen Qualitäten bedürfen keiner Erläuterung.

Zieht die teuren schweren Vorhänge zurück! Ihr ahnt ja überhaupt nicht, daß es draußen schon tagt. (...) In dieser Krisensituation seid Ihr nicht in der Lage, unserer schwerkranken Gesellschaft etwas Konstruktives, etwas Gutes vorzuschlagen; ihr kennt nur Haß und Mißtrauen und Euer "Festhalten! und nicht wieder Laufenlassen". (...) *glasnost'*, ehrliche und volle *glasnost'* - sie ist Grundvoraussetzung für die Gesundheit einer jeden Gesellschaft, auch der unsrigen. (...) Wer für das Vaterland *glasnost'* nicht will, der will es nicht von seinen Krankheiten befreien, sondern will, daß es von innen an ihnen verfault. (Archivmaterialien, a.a.O., Oktjabr' Nr. 10, S. 194/195)

Burtin mischt sich mit dieser Veröffentlichung massiv in die Diskussion um die Reformierbarkeit der aus der Stalinära ererbten Institutionen ein, so auch der schöpferischen Verbände. Mithilfe minutiöser Untersuchung des Procedere in den genannten Konflikten, d.h. des Vergleichs von Ort, Zeit und Zusammensetzung bestimmter Gremientreffen, kann er nachweisen - was schon immer unterstellt wurde -, daß der SV ganz deutlich Weisungen ausgeführt hat und daß kein eigenständiger Meinungsbildungsprozeß je in seinen Gremien stattfand. Hinter dem "Pseudonym" Schriftstellerverband versteckte sich ein regelrechtes Literaturministerium, gegründet zwischen 1932 und 1934 im Zuge einer "umfassenden Kollektivierung" der Literatur und wie alle anderen Ministerien auch lediglich Exekutor der Beschlüsse von ZK und Politbüro.

Am Beispiel der zweimaligen Vertreibung von Tvardovskij aus NM charakterisiert Burtin die Veränderungen in der politischen Atmosphäre des Landes. 1954 werden unzweideutig Tvardovskijs Fehler in der politischen Linie benannt, wird seine Absetzung über die Presse veröffent-

licht. In den späten 60er Jahren wird Wert darauf gelegt, die Angelegenheit als innerliterarische und die Beschlüsse des SV als autonom erscheinen zu lassen; auf diese Weise soll sowohl über Ausmaß und wahren Charakter der oppositionellen Bewegung als auch den Grad der Repressivität des Systems hinweggetäuscht werden. Und das Archiv des SV ist weniger Einrichtung zur Dokumentation für die Nachwelt als zur Verschleierung der wirklichen Vorgänge und ihrer Akteure. Heikle Beschlüsse wurden vermutlich nicht schriftlich fixiert, sondern als Anweisungen über direkte Telefonleitungen von oben nach unten weitergegeben.

- Vor diesem Hintergrund kann der Konkurrenzneid frustrierter Mächtgern-Literaten, in dem Ju. Trifonov und auch das damalige NM-Redaktionsmitglied I. Vinogradov das Hauptmotiv für die Zerstörung von NM sehen, höchstens als sekundär eingeschätzt werden.

2.3. Formen des Überlebens

Auch für Burtin ist mit der Vertreibung von Tvardovskij aus NM die demokratische Bewegung der kritischen Intelligenz für lange Zeit zu einem Ende gekommen. Weitergeschrieben werden kann die Geschichte seiner Meinung nach nur als Chronik der Repression und der Emigration. Er macht auf die wachsende Rolle aufmerksam, die "der Westen" in der innenpolitischen Befriedung von Unbotmäßigkeit zugewiesen bekommt, und zwar als echte Falle für den jeweils Betroffenen. Kontakte und Informationsaustausch waren zugleich existenzgefährdende Unternehmungen und konnten doch auch zum Schutz Einzelner beitragen. Allerdings wurden die geächteten "Verbindungen zum Westen" in nicht wenigen Fällen vom KGB überhaupt erst initiiert oder zumindest befördert und gezielt für die unendliche Legendenbildung des Systems eingesetzt. Denn noch mißtrauten auch viele kritische Intellektuelle den vermutet unfreundlichen Intentionen des Westens gegenüber der Sowjetunion, selbst wenn sie dort veröffentlicht wurden. Sie ließen sich unter Druck zu öffentlichen Erklärungen des Abschwörens, der Distanzierung, der Reue, der Umkehr bewegen, d.h. zur Erfüllung von Ritualen der Unterwerfung.

All diese Dinge sind im Westen lange und hinreichend bekannt. An der neuen sowjetischen Rezeption hingegen fällt auf, daß bisher nirgends - zumindest nicht in den etablierten Medien - systematisch die Repressions-, vor allem aber die Widerstandserfahrungen der 70er und frühen 80er Jahre aufgearbeitet werden; noch gering ist auch die Aufmerksamkeit für das Entstehen der sog. Partisanen- oder Katakombenkultur schon in den 60ern. Wenn Burtin vier Spielarten des Umgehens der Macht mit den kritischen Intellektuellen aufzählt - Kaufen, Kompromittieren und in die Knie Zwingen, ins Lager Schicken oder Vertreiben, die anderen in Furcht Halten -, dann fehlen auch in seiner Wahrnehmung diejenigen Individuen und Gruppen, die sich bewußt ganz

oder teilweise der staatlich organisierten Kultursphäre entzogen, verweigerten, nicht mehr auf offizielle Anerkennung setzten und zugleich ihre eigenen Gegenöffentlichkeiten organisierten.

Möglicherweise erklärt sich dieser verengte Blickwinkel daher, daß die aufklärerische Publizistik in den etablierten Zeitschriften immer noch deutlich von den alten "Sechzigern" getragen wurde, die aus verschiedensten Gründen im Land geblieben und nicht vollständig in den Dissens abgewandert waren, sondern häufig im Bereich eines Spezialthemas überwintern und auch begrenzt publizieren konnten. Fragen müßte man, wo die Träger des klassischen Samizdat heute stehen, ob und wie sie sich einmischen und wie sich die weltanschaulich, kulturkonzeptionell und künstlerisch-theoretisch verschiedenen Stränge der 70er und frühen 80er Jahre zum Umwälzungsprozeß heute und zueinander verhalten. Hin und wieder wird die Meinung vertreten, ihre Erfahrung - vor allem ihr mühseliger Kampf um zumindest kleine Öffentlichkeiten - sei heute im Zuge der 'realisierten' *glasnost* nicht von Bedeutung, und für historische Rückblicke sei es noch nicht die Zeit.

Einen kleinen Einblick in den künstlerischen Untergrund der 60er Jahre geben im letzten Jahr die Erinnerungen des Künstlers und Kunstwissenschaftlers Elij Beljutin (Chruščev i Manež, Družba narodov Nr. 1, 1990, S. 136-161) und des Jazz-Musikers Aleksej Kozlov (Džaz, rok i mednye truby ..., Interview, begonnen 1977 von V. Aksenov, beendet 1990 von N. Zagal'skaja, Ogonek Nr. 27, 1990, S. 20-23). Das Studio Elij Beljutin nahm im Dezember 1962 mit 60 Künstlern und 6000 Arbeiten an der großen Ausstellung der Moskauer Künstlerorganisation in der Manege teil und wurde nach dem Besuch von Chruščev und hochrangigen ZK-Funktionären mit 'Schimpf und Schande' von dort vertrieben. Dazu Beljutin (a.a.O. S. 141):

Alle Ausstellungen, die wir bis dahin in Moskau gemacht hatten, waren letztlich Partisanenaktionen. Am übernächsten Tag, manchmal auch schon am nächsten Morgen fanden die Offiziellen, die in die Ausstellung kamen, nicht einmal mehr eine Spur von den Nägeln, an denen die Bilder gerade noch gehangen hatten: >Wie ist das zu verstehen - hier waren doch gestern über 10000 Besucher?<

Nach der "Manege" - und das heißt für Beljutin Berufs- und Publikationsverbot - müssen die 'Partisanen' aus Moskau aufs Land ziehen, wo sie sich etwa zu sommerlichen gemeinsamen Produktionsseminaren auf privaten Grundstücken treffen.

Der 'Partisanenkampf' ist für Beljutin nicht nur eine Frage des Überlebens, der eigenen Authentizität; wie die NM-Anhänger ist er überzeugt davon, daß die geistige Freiheit in der Kunst "die Basis für die Freiheit überhaupt ist und daß aus diesem Funken eine wirkliche Erneue-

rung unserer Gesellschaft entstehen kann". Er stellt sich die Aufgabe, "den Menschen ermöglichen, menschliche Werte zurückzugewinnen, die die Freiheit als Kern der Würde des Menschen erkennen lassen" (a.a.O. S. 159). Dazu gehört auch die historische Dimension: die Bewahrung von Traditionen der nationalen Kultur, die gewaltsam abgeschnitten wurden (gemeint ist hier die russische Avantgarde der 10er und 20er Jahre). Solange sie noch lebenskräftig sind, davon ist Beljutin überzeugt, verschwinden sie nicht einfach ins Nichts; das Volk hat ein Recht auf seine eigene Kultur in ihrer Fülle. Daraus leitet er ab, daß der Kampf gegen die Staatsmaschine unumgänglich, die Form aber den Umständen anzupassen ist. – Die erste offizielle Retrospektive findet Ende 1990 statt.

Der "Partisan der Musik" A. Kozlov skizziert drei Möglichkeiten der Weiterexistenz nach der "Manege", die von allen Künsten sofort als Signal begriffen wurde: erstens das Musikgenre wechseln und in die Unterhaltungsbranche gehen; zweitens in den Westen ausreisen – als wäre das damals so leicht gewesen; und drittens den Weg, den er selber ging und der dem Beljutins sehr nahe kommt:

Im Untergrund sitzen und still und hartnäckig seine Musik weitermachen. Nicht streiten, nicht auftreten, sondern hartnäckig die eigene Linie verfolgen. Dann schweigend herauskommen. Wenn sie dich runterdrücken, erneut hervorkriechen. Auf keinen Fall aber sich in die Politik reindrängen. Du brauchst nur einmal irgendeine Erklärung abgegeben zu haben, schon ist Schluß ... Damals begriff ich, daß mein Weg heißt, Jazz hier hintenherum durchzusetzen. Das Spiel mit den Mächtigen aber muß man sehr vorsichtig anfassen. Einerseits darf man keinen unerwarteten Zug tun, weil du sonst sofort mit Verboten belegt wirst. Andererseits aber darf man sich auch nicht anpassen. (a.a.O. S. 22)

Die Kraft, diesen mühseligen Weg durchzuhalten, immer in der Hoffnung auf ein neues Tauwetter, holte sich die Moskauer künstlerische Intelligenz damals aus dem informellen Szeneleben der Ateliers in Kellern und auf Hausböden:

Unter allem, was uns damals verband, würde ich an die erste Stelle nicht einmal den Jazz, sondern den Austausch von Samizdat-Literatur setzen. – Ich halte das Tauschen von Büchern für die größte Errungenschaft der 60er Jahre. Das war, was uns zusammenhielt und jeden sich sicherer fühlen ließ, als vollwertigen Mensch. Heute, wo langsam Bröckchen dieser Literatur, die damals von Hand zu Hand

ging, bei uns gedruckt werden, wird mir klar, wie viel wir damals kannten, was wir nicht alles gelesen haben! Und das unter riskanten Bedingungen, wenn man ein Buch gerade für einen Tag oder eine Nacht bekam. Dieses geschärfte Gefühl der Gefahr hat uns auch verbunden und uns mehr zusammenhalten lassen. (a.a.O. S. 21)

Schon im Augenblick der Vernichtung des alten NM ist klar: die Kultur ist nicht wieder wie vorher zu disziplinieren (G. Vladimov); sie hat begonnen, sich eigene Räume in dieser Gesellschaft zu schaffen.

2.4. Opfer, Täter und die Frage nach der Verantwortung

An den auffälligen Zügen von Rechtfertigungszwang in A. Kozlovs Darstellung, als müsse er sich ständig zu der - gar nicht gestellten - Frage äußern, wieso er nicht unter die offenen Dissidenten gegangen sei, wird der ungeheure Druck erfahrbar, als der die gerade erst beginnende Neubewertung der Vergangenheit auf der gesamten Gesellschaft lastet. Das Bedürfnis zu erfahren, wer sich in welcher Weise mit der Macht eingelassen hat, drückt sogar noch auf die, die eher zu den Opfern zu rechnen wären. Dabei sind mindestens zwei Grundpositionen zu unterscheiden: die Frage nach der direkten Schuld, nach den Tätern also, die auf die Herstellung einer Art historischer Gerechtigkeit abzielt; und die Frage nach der Verantwortung, die Perspektiven der historischen Korrektur in der Zukunft eröffnen will und sich deshalb an die gesamte Gesellschaft wendet, auch an die jüngere Generation (Kontroverse zwischen N. Ivanova und Ju. Afanas'ev auf dem ersten Treffen sowjetischer und emigrierter Literaten bei Kopenhagen im März 1988).

Anhänger der ersten Position leugnen in der Regel nicht die enge Verflochtenheit von Täterschaft und Opferrolle in der sowjetischen Geschichte (worauf hier nicht weiter eingegangen werden soll), sehen die Lösung jedoch in der vorbehaltlosen Aufdeckung, was die Nennung von Namen einschließt. Eher Außenseiter ist G. Baklanov in seinem kurzen Beitrag zu Tvardovskijs Jubiläum (K 80-letiju A. T. Tvardovskogo, Znamja Nr. 7, 1990, S. 4); er möchte Namenlosigkeit als Vergeltung denjenigen verordnen, die Tvardovskij verfolgt und zweifellos frühzeitig in den Tod getrieben haben. An der Wirksamkeit solchen bewußten Totschweigens darf man getrost zweifeln, solange die Tauwettergeneration noch am Leben ist und seit zunehmend Archivmaterialien für die historische Aufarbeitung zugänglich werden. -

Kein Zweifel, daß das Bedürfnis "abzurechnen" Konjunktur hat, wobei manche heute von Positionen der *perestrojka* aus "entlarven", die das-

selbe früher lediglich von anderen Positionen aus taten (bei M. Simaško, Ornamental'naja proza, Družba narodov Nr. 1, 1990, S. 256-262). In seinen Erinnerungen an den viermal repressierten Freund und NM-Autoren Jurij Dombrovskij diskutiert der Schriftsteller M. Simaško weiterhin das Problem der "erzwungenen Komplizenschaft"; auch die Menschen seien als Opfer zu begreifen, die sich unter Druck und Drohungen seinerzeit zu Mittätern machen ließen. Er räumt das Recht, Namen zu nennen, lediglich denen ein, denen konkretes Leid zugefügt wurde.

Schon aus diesen wenigen Beobachtungen wird verständlich, daß es massive Blockaden gegen eine große, 'reinigende' Auseinandersetzung in der Gesellschaft um Verantwortung und Schuld gibt und daß gleichzeitig das Thema allenthalben präsent ist; wie versichert wird, in mündlichen Formen weniger gebremst als in schriftlichen. Das Ausmaß der persönlichen Leiden mag verständlich machen, warum immer wieder auch persönliche Rechnungen beglichen werden sogar unter Menschen, die gemeinsam repressiert wurden. So äußert E. Beljutin öffentlich sein Mißtrauen gegenüber dem Bildhauer und Studio-Gefährten Ernst Neizvestnyj (a.a.O. S. 150) als einem möglichen Instrument in den Händen des KGB (als Korrektiv zu Beljutin: E. Neizvestnyj, "Ja vsjudu odin i tot že", Interview von V. Šinel'nikov, Družba narodov Nr. 12, 1989, S. 64-81).

Je weiter der Begriff des Opfers gefaßt wird, desto eher wird mit dem Begriff der Schuld auch der der Verantwortung hinausgedrängt aus der Geschichte der letzten dreißig Jahre: Opfer sind nicht verantwortlich. Kehren wir noch einmal zurück zu Ju. Burtins Charakteristik des Umgangs der Macht mit den Intellektuellen; Verantwortung für ihr Handeln tragen unbestritten nur die, die sich kaufen ließen. Schwererwiegend ist die Vorstellung, daß letztlich aller Widerstand gebrochen werden konnte. Hier zeigt sich, wie ungeheuer wichtig die Rezeption der Untergrunderfahrungen der 70er und frühen 80er Jahre wäre, würde sie doch den Topos von der übermächtigen Macht und dem schwachen Individuum, das von ihr sogar zum Komplizen gemacht werden kann, aufbrechen und eine Vorstellung von vorhandenen Spielräumen selbst in totalitären Systemen geben, für die, die nach ihnen gesucht haben.

Dabei geht es gerade nicht darum, im Einzelfall aus entsprechenden Beobachtungen Ansprüche abzuleiten, sondern dem Verhalten der Einzelnen die Dimension der Entscheidung zurückzugeben, die der Opferbegriff verabschiedet hat, und gleichzeitig die gesellschaftlichen Bedingungen genauer und konkreter in den Blick zu holen. Eindrucksvoll belegt dies eine Tagebucheintragung von F. Abramov, Literaturkritiker und hochgeachteter kritischer Dorfschriftsteller, vom 17. bzw. 18. November 1969 zum Ausschluß Solženicyns aus dem Schriftstellerverband, in der er mit sich selber diskutiert, ob er einen Protestbrief schreiben soll (L. Krutikova, Fedor Abramov i censura, Moskva Nr. 10, 1990, S. 176-196, hier S. 177). In einigen Ausschnitten heißt es:

Was ist wichtiger: daß Abramov protestiert, oder seine Bücher? Denn die Folgen sind unberechenbar. Vielleicht kommt überhaupt nichts danach (...). Und wenn sie dich wirklich für einige Jahre aus der Literatur streichen? Wem nützt das? Immer denselben Schurken. Außerdem muß man ein für allemal für sich selber klären, wofür man lebt, wem man dient. Dem Volk? Für das Volk ist es tausendmal wichtiger, daß deine "Pferde" [die Erzählung "Derevjannye koni"] gedruckt werden, als daß du dir für eine Minute einen Gefühlsausbruch erlaubst. Sicher, hier wird vor deinen Augen ein Mensch in den Dreck getreten. Aber tritt man nicht stündlich, Tag für Tag diese Millionen? (...)

Nach nochmaligem Lesen des Geschriebenen habe ich vor Entsetzen aufgeheult: was ist nur aus uns geworden! Werden normale Menschen später begreifen, wovor wir eigentlich vor Angst gezittert haben? Wohin soll das noch führen? - Am nächsten Tag: Ich habe mich entschieden, ich schreibe den Brief. Es gibt keine Überlegungen und Schlußfolgerungen, die ein sklavisches Schweigen entschuldigen könnten. Indem ich Solženicyn verteidige, verteidige ich in erster Linie mich selber.

Bleibt die Frage nach all denen - mit Ausnahme der 25, wie Abramov notiert, die gegen die Ausschluß protestierten -, die damals keine Möglichkeit sahen, sich für ein "Leben in der Wahrheit" zu entscheiden. Zu ihnen rechnet sich N. Il'ina, sie trifft die Entscheidung heute, indem sie ihre "Mittäterschaft" offenlegt und auf diese Weise Verantwortung für früheres Handeln übernimmt. In der Vorbemerkung zu "Pečal'nye stranicy" (1990, a.a.O.) geht sie aus von Formulierungen von Lidija Čukovskaja aus deren Buch "Process isključenija" (damals lediglich in einer Pariser Ausgabe von 1979 existent):

Jeder sowjetische Literat, der gedruckt wurde, ist mehr oder weniger an der "allgemeinen Lüge und dem allgemeinen Schweigen" beteiligt.

Zu den Mitbeteiligten gehöre auch ich. Auch ich habe diese Art von Arithmetik betrieben, die viele meiner Kollegen kennen: das eine, was ich verschweige (was bleibt mir anderes übrig!) und das andere, was ich *dafür* aber durchsetze!. (a.a.O. S. 129)

(...) Ich habe den Preis bezahlt [d.h. für das Gedrucktwerden. d. Verf.]. Und ich wußte, was ich tat.

Es gibt niemanden, dem ich Schuld zuschreiben könnte. (a.a.O. S. 131)

Es handelt sich hier um die Erstveröffentlichung von längst aufgeschriebenen Erinnerungen, die - weil sie alle auch mit der Person Solženicyns zu tun hatten - von N. Il'ina noch 1988 nicht in ihre Aufsatzsammlung hineingenommen wurden. Dabei könnten diese Miniaturen über drei "prominente" Begräbnisse als Kommentar zu Abramov gelesen werden; in ihnen erscheinen die 'Statthalter der Macht' zugleich bedrohlich und grotesk, die Massen der 'werktätigen Intelligenz' zugleich verschreckt und unbotmäßig, ihrer potentiellen Stärke nicht bewußt. Die Totenfeier für Anna Achmatova, deren Sarg man unbemerkt aus dem Leichenhaus des Krankenhauses abschieben wollte, muß wegen der vielen Menschen im Hof bei Schneeregen und vor rumpelnden Lastwagen abgehalten werden. Feier und Beerdigung von Kornej Čukovskij werden zur riesigen Polizei- und Sicherheitsdienst-Übung, weil unprogrammgemäße Reden und das Auftauchen Solženicyns befürchtet werden. An der Feier für Aleksandr Tvardovskij 1971 nimmt Solženicyn am Arm der Witwe teil, die jedoch heuchlerische Grabreden der schärfsten Gegner des Toten aus der Leitung des SV nicht verhindern kann. -

Heute zumindest scheint die Frage nicht überflüssig, zu der Abramov inspiriert: Wie stand es damals wirklich um die Macht der Mächtigen, die selbst tote Literaten noch fürchtete? Worauf gründete sich die Macht über die "Köpfe" der vielen, woher kam deren Lähmung und woher die Entschlossenheit der wenigen? Zu den wenigen gehören die 7 Teilnehmer der Demonstration auf dem Roten Platz am 25.8.1968 gegen die Invasion in die CSSR; ihnen setzt die Zeitschrift JUNOST' ein wie auch immer bescheidenes Denkmal (Jurij Zercanov, Vsmotrites' v etilica, Nr. 4, 1990, S. 18-21), nachdem die politische Wende in der jetzigen CSFR dies rechtfertigt. Die gar nicht politisch, sondern moralisch zu wertende Tat der 7 - mit viel schwererwiegenden Konsequenzen für die je einzelne Biografie als die, die Abramov zu recht für sich kalkuliert - gewinnt für die moralische Rekonstruktion der Gesellschaft eigenes Gewicht, dokumentiert sie doch, daß die Kategorie der individuellen Verantwortung auch unter nicht-demokratischen Bedingungen nicht sinnlos oder überflüssig ist.

(abgeschlossen März 1991)

Liste der zitierten Medien / Abkürzungen

AiF	ARGUMENTY I FAKTY, Wochenzeitung
D N	DRUŽBA NARODOV, Monatszeitschrift, russ., für die nationalen Literaturen
Gosteleradio	ehem. Staatskomitee f. Rundfunk und Fernsehen, seit 1991 Staatskonzern
Izv.	IZVESTIJA, Tageszeitung des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR
Ju.	JUNOST', literarisch-publizistische Monatsschrift
K O	KNIŽNOE OBOZRENIE, Wochenzeitung des Verlagswesens
Komm.	KOMMERSANT, neue unabhängige Wochenzeitung
Koms.prav.	KOMSOMOL'SKAJA PRAVDA, Tageszeitung
Lenteleradio	Leningrader Rundfunk- und Fernsehgesellschaft
Lit.gaz.	LITERATURNAJA GAZETA, Wochenzeitung
Lit.Ross.	LITERATURNAJA ROSSIJA, literarische Wochenzeitung des Schriftstellerverbands der RSFSR
L O	LITERATURNOE OBOZRENIE, Monatszeitschrift für Literatur und Kritik beim SV der UdSSR
Mosk.nov.	MOSKOVSKE NOVOSTI, Wochenzeitung, russ. Ausgabe (dt. und engl. Ausgabe: MOSCOW NEWS)
(Moskva)	MOSKVA, literarisch-publizistische Monatszeitschrift beim SV der RSFSR und Russischen Friedensfond
Nas.sovr.	NAŠ SOVREMENNİK, Monatszeitschrift des Schriftstellerverbandes der RSFSR
N M	NOVYJ MIR, Monatszeitschrift des Schriftstellerverbands der UdSSR
Ogon.	OGONEK, illustrierte Wochenzeitschrift
Okt.	OKTJABR', lit.-publ. Monatszeitschrift
R L	Radio Liberty Report on the USSR, mit This Week in the USSR, erscheint wöchentlich in München
Sov.kul't.	SOVETSKAJA KUL'TURA, lit.-publ. Wochenzeitung
Vopr.lit.	VOPROSY LITERATURY, Monatszeitschrift für Literaturkritik des SV der UdSSR
(Znamja)	ZNAMJA, lit.-publ. Monatszeitschrift